



RESPEKT!



ZEITSCHRIFT FÜR LESBEN- UND SCHWULEN POLITIK



DIE NEUE REGIERUNG

KOMMENTAR ZUM KOALITIONSVERTRAG

AKTION
Konzepte für mehr Respekt

BITTER
Arbeitsrecht der katholischen Kirche

COOL
Video gegen Trans*phobie

HIRSCHFELD-EDDY-STIFTUNG



Grafik: Franka Braun

20-21 **Aktionspläne**
Konzepte für mehr Respekt



Foto: Hirschfeld-Eddy-Stiftung

12-17 **hirschfeld-eddy-stiftung!**

Gay Folks Movement
Act local, think global

Für Menschenrechte werben
Neue Webseite

Positive Stimmen stärken
Homosexualität und Religion in Afrika

Mutige Menschen in Uganda
Der Kampf geht weiter

Unterstützung für die Basis
Nord-Süd-Dialog

Allianzen stärken
Neues Projekt in Subsahara-Afrika

Inhalt

politik!

- 5 Koalitionsvertrag**
Bestürzend schwach
- 6 Seit 24 Jahren**
Kampf um Gleichstellung
- 7 Eheöffnung und Adoption**
Deutschland in Europa
- 8 Arbeitsrecht Kirche**
Erst Hochzeit, dann Kündigung?
- 9 Intersex im Personenstandsgesetz**
Dr. Laura Adamietz im Interview

russland!

- 10 Asylrecht**
Plädoyer für mehr Engagement
- 11 Sotschi-Freiheitsappell**
Olympiadelegation gefordert

länder!

- 18 Köln**
Songs zu Trans*
- 19 Berlin**
Erstes Regenbogenfamilienzentrum
- 22 Hessen**
Schwarz-grüne Premiere
- 23 Sachsen**
Leipzig gegen Menschenfeinde
- 24 Saarland**
Note 1 für Aufklärung

bundesverband!

- 24 Weil es sich auszahlt**
Unterstützung für Rechtsberatung
- 25 Kein Platz für Rassismus**
Initiative für Respekt
- 26 LSVD 2.0**
Organisationsstruktur wird reformiert

rubriken!

- 2 Impressum**
- 3 Editorial**
- 4 Pressespiegel**



Lesben- und Schwulenverband

Impressum: respekt! • Zeitschrift für Lesbian- und Schwulenpolitik • ISSN 1431-701X • Herausgegeben vom Lesbian- und Schwulenverband (LSVD)

Redaktion: Renate Rampf (Hauptverantwortliche und V.i.S.d.P.), Günter Dworek, Eva Henkel, Markus Ulrich • **Weitere Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe:** Hendrikje Borschke, Manfred Bruns, Robert Hecklau, Axel Hochrein, Klaus Jetz, Uta Kehr, Claudia Körner, Constanze Körner, Hasso Müller-Kittkau, Knut Nagel, Hartmut Rus, Uta Schwenke, Sonja Schelper, Dirk Siegfried • **Grafik & Layout:** Franka Braun • **Titelfoto:** LSVD • **Druck:** Druckteam Berlin • **Auflage:** 12.000 • **Redaktionsanschrift:** LSVD-Hauptstadtbüro, Chausseestraße 29, 10115 Berlin • **E-Mail:** presse@lsvd.de • **Internet:** www.lsvd.de, www.lsvd-blog.de

Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 1. Januar 2012. Für unverlangt eingesandtes Bild- und Tonmaterial wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge, Anzeigen und Werbebeilagen geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Spendenkonto: LSVD, IBAN: DE30370205000007086800

Mitglieder des LSVD bekommen die respekt! automatisch zugeschickt. Die Eintrittskarte in den LSVD finden Sie auf Seite 22.

Coming-out im Unterricht

Die finnische Kinderbuchautorin Tove Jansson war lesbisch. Ihre Muminfamilie ist weltberühmt. Die Fans in Kitas und Kinderzimmern verlieben sich in die Wesen mit viel Nase, kleinen spitzen Ohren und großen Abenteuern. Tschaikowski ist in Männer verliebt gewesen. Die russische Kulturpolitik unternimmt alles, um das zu verschweigen. Einem für 2015 geplanten Film wurde die schon zugesagte Förderung versagt. Die Deutschen haben die Manns: ein Literaturnobelpreisträger, vier gleichgeschlechtlich Liebende in der Familie, Flucht vor den Nazis, Exil, Anerkennung, Rückkehr. Eine Geschichte, die in den Unterricht gehört. Wie soll man sonst ihre Werke verstehen können?



Im Januar 2014 befragte forsa anlässlich des Coming-outs von Thomas Hitzlsperger die Bevölkerung zu ihrer Einstellung gegenüber homosexuellen Menschen. 65% sind dafür, dass es „Ehen zwischen gleichgeschlechtlichen Partnern“ geben soll und homosexuelle Paare Kinder „unter denselben Bedingungen adoptieren können wie heterosexuelle Paare auch“. 30 % sind gegen die vollständige Gleichstellung. Ähnlich steht es bei der Frage, ob Homosexualität in der Schule mehr thematisiert werden müsse: 63% sind dafür, 29% dagegen. Wer gegen Gleichstellung ist, will das Thema wohl auch aus den Schulen fernhalten.

In Baden-Württemberg, dem Land, das Lebenspartnerschaften bis 2011 das Standesamt verwehrte, ist ein Kulturkampf ausgebrochen. Die grün-rote Regierung will den 10 Jahre alten Bildungsplan modernisieren. Es geht um fächerübergreifendes Lernen, Kreativität, Kritik und Kommunikationskompetenz sowie die Fähigkeit zu selbstbestimmtem, sozial und ökologisch verantwortlichem Handeln. Einbezogen ist auch der Gesichtspunkt der Akzeptanz sexueller Vielfalt. Schülerinnen und Schüler sollen beispielsweise erfahren, dass Menschenrechte unabhängig von sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität gelten. Und sie sollen sich bewusst machen, dass sie selbst homosexuelle Persönlichkeiten kennen - aus Gesellschaft, Kultur, Sport und vermutlich auch an ihrer Schule. Die Passagen machen insgesamt gerade mal zwei des 32 Seiten umfassenden Arbeitspapiers aus.

Sexuelle Vielfalt - bei manchen löst dieser Begriff wilde Phantasien aus. Eine Allianz von fundamentalistischen Evangelikalen und Rechtspopulisten macht mobil. Und der homophobe Mob findet auch noch Unterstützung im Parlament: Die CDU-Landtagsabgeordnete und Bildungspolitikerin Sabine Kurtz nimmt Kontakt zu evangelikalen Umpolern auf. Ihr Fraktionsvorsitzender Peter Hauk tönt, der Bildungsplan habe eine einseitige Tendenz. Und auch die Südwest-FDP fällt Lesben und Schwulen in den Rücken und erklärt Lebenspartnerschaften für minderwertig.

Mit perfiden Andeutungen, Verzerrungen der Sachverhalte und permanenter Sexualisierung wird unterstellt, es wäre möglich, Kinder zu Hetero- bzw. Homosexuellen zu erziehen. Da hat der Mythos der Umpolung manchen Geist vernebelt. Wären sie in Baden-Württemberg der Zukunft zur Schule gegangen, dann wüssten sie: Auch wenn im Unterricht das Coming-out von Hitzlsperger Thema ist, wird Homosexualität kein Nationalsport, aber vielleicht ein klein wenig mehr akzeptierter Teil gesellschaftlicher Normalität.

Renate Rampf



08. Januar 2014: Ex-Nationalspieler Hitzlsperger bekennt sich zu seiner Homosexualität

„Das ist ein sehr ermutigendes Zeichen, insbesondere für junge schwule Fußballer, dass sie sich zu ihrer Identität bekennen können und kein Versteckspiel führen müssen“, sagte stellvertretend **Jörg Steinert**, der Geschäftsführer vom LSVD Berlin-Brandenburg. Auch LSVD-Sprecher **Axel Hochrein** äußerte sich in der Mitteilung: „Offene Worte, Flanke und Treffer: Für uns das Tor des Monats! Das öffentliche Bekenntnis Hitzlspergers zu seiner Homosexualität rüttelt an einem der größten Tabus im Profifußball. Es ist ein sehr wichtiger Schritt, um die Diskussion zu beleben, und wird für die nächste Generation von Fußballern von großer Bedeutung sein.“



03. Januar 2014: Prominente fordern deutsche Olympiadelegation zum Protest auf

Der Lesben- und Schwulenverband hat vor den Olympischen Winterspielen in Sotschi zu einer Solidaritätsaktion für Lesben und Schwule in Russland aufgerufen. Wie der Verband ZEIT ONLINE mitteilte, unterstützen Prominente aus Kunst, Medien und Sport den vom **LSVD** initiierten „Sotschi-Freiheitsappell“. (...) Den Angaben zufolge richtet sich der Aufruf an alle Athletinnen und Athleten, Berichterstatter, Betreuende und offizielle Vertreterinnen und Vertreter Deutschlands bei den Olympischen Spielen. Diese sollten jede Möglichkeit der Öffentlichkeit in Sotschi nutzen, um ein Zeichen für die Menschenrechte zu setzen.



11. November 2013: Fußball gegen Homophobie

Die Kampagne „Zeig Homophobie die Rote Karte!“ des Lesben- und Schwulenverbandes Berlin-Brandenburg (LSVD) und des Berliner Fußballverbandes (BFV) wird zum heutigen Beginn von zwölf Berliner Fußballvereinen unterstützt. Neben kleineren Klubs beteiligen sich auch der 1. FC Union Berlin sowie Tennis Borussia an der Kampagne, die heute mit einer Veranstaltung im Haus des Fußballs des BFV startet. LSVD-Projektleiter **Christian Rudolph** erklärte dazu: „Wir freuen uns vor allem, dass die Vereine ihr Engagement bereits beim gemeinsamen Fachtag mit dem BFV am 22. November fortsetzen wollen und die Veranstaltungen mitgestalten.“



18. Dezember 2013: US-Präsident ärgert Putin. Obama schickt Lesben-Idol nach Sotschi

LSVD-Sprecherin **Renate Rampf** sagte zu BILD: „Lesben und Schwule für die Delegation zu benennen, ist genial: Damit wird klar Position gegen die homosexuellenfeindlichen Gesetze in Russland bezogen, ohne die Olympische Charta zu verletzen. (...) Der Sport gewinnt, wenn Lesben und Schwule akzeptiert und nicht ausgegrenzt werden. Die Maizière sollte sich ein Beispiel an der Haltung der US-Regierung nehmen und ähnlich Stellung beziehen. Er sollte offen lesbische Sportidole wie etwa die ehemalige Fußballerin Steffi Jones oder die Fechterin Imke Duplitzer in die deutsche Delegation mit aufnehmen“, erklärte Rampf.



8. November 2013: Urteil EU - Schwule können auf Asyl hoffen

Wer in seiner Heimat aufgrund seiner Homosexualität verfolgt und mit Strafen bedroht wird, der hat das Recht auf Schutz und Asyl in der Europäischen Union. Das hat der Europäische Gerichtshof am Donnerstag in einer richtungsweisenden Entscheidung zum Asylrecht in Luxemburg klargestellt. (...) Der **Lesben- und Schwulenverband** begrüßte das Urteil als erfreuliche Entscheidung.



14. Dezember 2013: Lesben und Schwule enttäuscht

Für gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften wird es in absehbarer Zeit keine Gleichstellung mit der Ehe und damit auch kein Adoptionsrecht geben. Der Lesben- und Schwulenverband Deutschland (LSVD) kritisiert den schwarz-roten Kompromiss: „Wer vollmundige Wahlversprechen für Minderheiten unter den Tisch fallen lässt, um bei Mehrheitsthemen Erfolg zu haben, muss aufpassen, am Ende der Legislaturperiode nicht mit leeren Händen dazustehen“, sagt LSVD-Sprecher **Axel Hochrein**. Im Koalitionsvertrag stünden lediglich „wachsweiche Formulierungen“, die obendrein widersprüchlich seien. Auch im LSVD-Landesverband Niedersachsen-Bremen herrscht Enttäuschung. „Wir hatten von der SPD mehr erwartet“, sagt Landesvorsitzender **Benjamin Rottmann**.



25. November 2013: 400 Demonstranten in Schkeuditz - Rangeleien vor „Compact“-Konferenz

Zu den weiteren Gegnern der Konferenz gehörte auch der Lesben- und Schwulenverband Sachsen. Sprecher **Hartmut Rus** sagte dem MDR SACHSENSPIEGEL: „Die Compact-Konferenz ist ein Sammelsurium von Verschwörungstheoretikern, die gegen Minderheiten sind.“ Unter dem Deckmantel, Deutschland zu retten, hetze man gegen Minderheiten.



02. Dezember 2013: Vorurteile in der Diskussion

Das Interesse der mehr als 100 Schüler zwischen 13 und 20 Jahren an dem Thema „Coming laut – Schwule und Lesben im Unterricht“ war groß: Etwa 35 scharten sich um die LSVD-Experten, die vom Diplom-Psychologen **Robert Hecklau** angeführt wurden. Das Ziel: Vorurteile und Vorbehalte gegenüber Homosexuellen anzusprechen und auszuräumen. Hecklau sagte der SZ: „Ich finde es beeindruckend, wie sich die Schülerinnen und Schüler öffnen während der Veranstaltung.“ Am Anfang schaute er in skeptische Gesichter. Wenn er am Anfang fragte, wer schon etwas mit Lesben und Schwulen zu tun gehabt habe, kämen meist nicht viele Antworten. Am Ende kämen dann Fragen an ihn und sein Team, „von denen man nicht gedacht hätte, dass man sie mal beantworten müsste“.



13. September 2013: Wahlprüfsteine für die Parteien: Öffentliche Lobbyarbeit

Der Lesben- und Schwulen-Verband (LSVD) versucht, zu jeder Wahl auf Landes- und Bundesebene Wahlprüfsteine zu verschicken. „Damit können wir Positionen abfragen, die im Wahlprogramm nur kurz oder überhaupt nicht erwähnt werden“, sagt LSVD-Sprecher **Markus Ulrich**. In der Tat: Der Union ist in ihrem Wahlprogramm das Thema „gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften“ zwei dürre Sätze wert. Die Antworten der CDU/CSU auf die zehn Fragen des LSVD sind hingegen fast elf Seiten lang. „Durch die Wahlprüfsteine liefern wir auch einen Input an die Parteien, die dadurch zu internen Diskussionen gezwungen sind und sich auf öffentliche Positionen einigen müssen“, so Ulrich.

Bestürzend schwaches Dokument

Was bringt der Koalitionsvertrag?

Die erste große Koalition zwischen CDU/CSU und SPD auf Bundesebene brachte 1969 endlich die Entkriminalisierung der Homosexualität unter erwachsenen Männern. Auf das Gleis gesetzt hatte diese grundlegende Reform des § 175 StGB Justizminister Gustav Heinemann (SPD), der 1969 zum Bundespräsidenten gewählt wurde.

Die zweite große Koalition beschloss 2006 das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) für die Arbeitswelt und das Geschäftsleben. Gegenüber dem rot-grünen Vorentwurf von 2005 war das AGG zwar verwässert, ging aber beim Diskriminierungsschutz aufgrund der sexuellen Identität immerhin über die verbindlichen Mindeststandards der EU hinaus.

Der nun zwischen CDU/CSU und SPD geschlossene Vertrag für die dritte große Koalition enthält als einzige konkret benannte rechtspolitische Maßnahme in Bezug auf Lesben und Schwule die Aussage: „Bei Adoptionen werden wir das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Sukzessivadoption zügig umsetzen.“ Das ist freilich ein Placebo. Denn die Möglichkeit der Sukzessivadoption ist seit der Karlsruher Entscheidung vom Februar 2013 bereits geltendes Recht und Berlin ist verpflichtet, dies bis zum 30. Juni 2014 auch gesetzlich nachzuvollziehen.

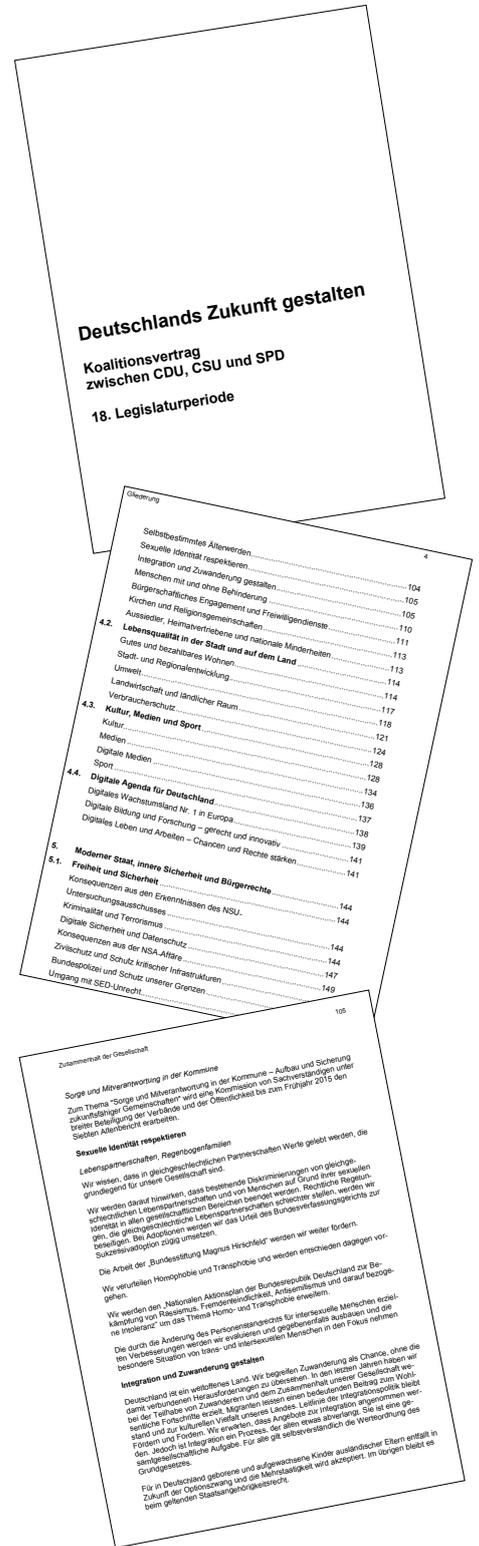
Dieser Koalitionsvertrag ist ein bestürzend schwaches Dokument in einer Zeit, in der starke Signale notwendig wären. Denn weltweit arbeiten mächtige politische Kräfte an einem antidemokratischen Rollback gegen die Rechte von Lesben und Schwulen. Auch in westlichen Ländern preisen christliche Fundamentalisten und Hochkonservative Putin und seine homophobe Politik bereits als Vorbild an. Wie soll nun eine Kanzlerin glaubhaft gegen die Einschränkung der Menschenrechte in Russland auftreten, wenn sie im eigenen Land Lesben und Schwule weiterhin rechtlich als Bürgerinnen und Bürger zweiter Klasse behandelt? Wenn ihr ein Putin kalt lächelnd entgegenhalten kann: Aber Ihr lasst die Perversen doch auch nicht heiraten.

„100 Prozent Gleichstellung nur mit uns.“ Damit hatte die SPD im Wahlkampf geworben. Nun ist Gleichstellung um voraussichtlich weitere vier Jahre verschoben. Es sieht so aus, als würde es die Bundesrepublik nicht einmal schaffen, unter die ersten 20 Länder zu kommen, die die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare öffnen. Deutschland fällt international wieder zurück. Mit Diskriminierung ist einfach kein Staat zu machen.

Der Grund für die Stagnation heißt CDU/CSU. Das kennen wir. Alle einschlägigen freiheitlichen Reformen, von der Entkriminalisierung der Homosexualität über die Antidiskriminierungsgesetzgebung bis zum Lebenspartnerschaftsgesetz, mussten gegen jahrzehntelangen hartnäckigen Widerstand von CDU/CSU erkämpft werden. Andererseits gilt auch: Am Ende hat die Union mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit jeweils grummelnd ihren Frieden gemacht und nicht versucht, das Rad zurückzudrehen. Deshalb: Nicht resignieren, sondern weiterkämpfen um jeden Fußbreit Geländegewinn. Auch unterhalb der gesetzlichen Ebene können die einzelnen Ministerien viele sinnvolle Maßnahmen vorantreiben: im Familienministerium mit einer Offensive zur vollen Integration gleichgeschlechtlicher Familien, im Justizministerium mit der Aufarbeitung der menschenrechtswidrigen Strafverfolgung gegen Homosexuelle, im Wirtschafts- wie im Arbeitsministerium mit einer ernst gemeinten Diversity-Politik.

Für diese Art Ressortpolitik gibt es auch eine Grundlage im Koalitionsvertrag und das ist immerhin ein bedeutsamer Lichtblick: Der „Nationale Aktionsplan der Bundesrepublik Deutschland zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und darauf bezogener Intoleranz“ soll um das Thema Homo- und Transphobie erweitert werden. Endlich! Denn in der Tat gibt es bei der Bekämpfung von Homo- und Transphobie viel zu tun. Am besten, man fängt gleich innerhalb der Bundesregierung an.

Günter Dworek



Nach 24 Jahren endlich am Ziel

Unser Langer Kampf für die Gleichberechtigung

Für das Lebenspartnerschaftsgesetz haben wir 12 Jahre gekämpft, von 1989 bis 2001. Verabschiedet wurde dann wegen des Widerstands der CDU/CSU nur ein Torso. Bis auch das bereinigt war, haben wir weitere 12 Jahre kämpfen müssen.

Lebenspartner hatten nach dem Inkrafttreten des Lebenspartnerschaftsgesetzes am 01.08.2001 zwar zunächst dieselben Verpflichtungen wie Ehegatten, aber kaum Rechte. Und auch dieses Rumpfgesetz stand auf der Kippe, weil Bayern, Sachsen und Thüringen beim Bundesverfassungsgericht gegen das Gesetz geklagt hatten. Sie hatten geltend gemacht, dass durch die Lebenspartnerschaft der besondere Rang der durch Art. 6 Abs. 1 GG geschützten Ehe beeinträchtigt werde. Dem hatten fast alle Juristen zugestimmt. Wir hatten dagegen in umfangreichen Stellungnahmen an das Bundesverfassungsgericht argumentiert, dass der Ehe durch die Lebenspartnerschaft nichts genommen werde, weil für Lesben und Schwule eine Ehe mit einem verschiedengeschlechtlichen Partner nicht in Betracht kommt.

Dem hat sich das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 17.07.2002 angeschlossen und gebilligt, dass Lebenspartner mit Ehegatten gleichgestellt werden. Leider hatte es damals die Frage offen gelassen,

ob sie auch gleichgestellt werden müssen. Darum ging seitdem der Streit.

Inzwischen hat das Bundesverfassungsgericht auch diese Frage in insgesamt sechs weiteren Entscheidungen bejaht.

Die Gerichte hatten zunächst alle gegen uns entschieden. Auch die Erste Kammer des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts hatte 2007 und 2008 Verfassungsbeschwerden von verpartnerten Beamten gegen die Versagung des Familienzuschlags mit der Begründung abgelehnt, dass Ehen typischerweise auf Kinder ausgerichtet seien, Lebenspartnerschaften dagegen nicht, und dass der Gesetzgeber die Besoldung und Versorgung verheirateter und verpartnerter Beamter aus diesem Grund unterschiedlich bemessen dürfe.

Der Durchbruch kam mit der Entscheidung des Ersten Senats vom 07.07.2009 zur Gleichstellung der Lebenspartner mit Ehegatten bei der betrieblichen Hinterbliebenenrente der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder. In diesem Beschluss hat der Erste Senat die ablehnenden Beschlüsse der Ersten Kammer des Zweiten Senats ausdrücklich als falsch bezeichnet. Das konnte er, weil Beschlüsse der Kammern (das sind Vorprüfungsausschüsse) nicht bindend sind. Anders die Entscheidungen der Senate selbst.

Deshalb hätte der Zweite Senat das Plenum des Bundesverfassungsgerichts anrufen müssen, wenn er weiterhin die Gleichstellung hätte ablehnen wollen.

Darüber hat der Zweite Senat lange nachgedacht, bis er sich endlich mit seiner Entscheidung vom 19.06.2012 zum beamtenrechtlichen Familienzuschlag der Rechtsprechung des Ersten Senats zur Gleichstellung der Lebenspartner mit Ehegatten angeschlossen hat. Seitdem wird die Gleichstellung von beiden Senaten mit denselben Argumenten bejaht.

Seit dieser Entscheidung war klar, dass der Zweite Senat auch über die bei ihm schon seit 2006 anhängigen Verfassungsbeschwerden zur Einkommensteuer nicht anders entscheiden wird. Trotzdem haben es Bundesfinanzminister Schäuble und die Bundesfinanzverwaltung abgelehnt, entsprechende Vorbereitungen zu treffen. Als dann der Zweite Senat Anfang Juni seinen Beschluss vom 17.05.2013 zur Gleichstellung der Lebenspartner mit Ehegatten im Einkommensteuerrecht veröffentlichte, brach das große Chaos aus. Die Finanzverwaltung war bisher nicht in der Lage, ihr EDV-System entsprechend umzustellen. Deshalb haben wir auf unserer Webseite unter den Menüpunkten „Recht“ und „Mustertexte“ ausführliche Anleitungen bereitgestellt.

Die letzte noch offene Frage ist die Zulassung der gemeinschaftlichen Adoption durch Lebenspartner. Dazu ist bereits eine Richtervorlage beim Bundesverfassungsgericht anhängig. Das Gericht wird darüber genauso entscheiden wie in den vorausgegangenen Entscheidungen.

Wir danken allen, die uns bei diesem langen Kampf durch ihre Bereitschaft zu klagen unterstützt haben und die sich auch durch immer neue negative Urteile der Gerichte nicht haben entmutigen lassen.

Manfred Bruns



Eheöffnung und Adoption

Aktueller Stand in Deutschland und weiteren europäischen Ländern

Heute haben neun Staaten in Europa die Ehe für Lesben und Schwule geöffnet. Die Ehe-Öffnung geht häufig einher mit dem vollen Adoptionsrecht. Trotzdem bleibt die rechtliche Situation in Europa heterogen. Einige Länder, vor allem in Osteuropa, sehen keine rechtliche Absicherung für homosexuelle Paare vor und damit auch kein Adoptionsrecht, andere Länder haben in deutlicher Abgrenzung zur Ehe ein eigenes Rechtsinstitut (eingetragene Partnerschaft oder „civil union“) geschaffen, das je nach Ausprägung die Stiefkind-, Sukzessiv- oder sogar volle Adoption ermöglicht.

Allein seit Beginn des Jahres 2013 sind gleich in mehreren Ländern weitreichende Gesetze erlassen oder Gerichtsurteile gefällt worden: In Frankreich trat nach teilweise massiven Protesten aus Teilen der Bevölkerung am 18.5.2013 das Gesetz zur „*mariage pour tous*“ in Kraft. Gleichgeschlechtliche Paare können jetzt heiraten und gemeinsam ein Kind adoptieren oder ein/e Ehegatte/-gattin kann das Kind des Ehegatten oder der Ehegattin annehmen.

In Deutschland, wo gleichgeschlechtliche Beziehungen seit 2001 durch das Institut der eingetragenen Partnerschaft abgesichert sind, sorgten im ersten Halbjahr 2013 zwei Urteile des Bundesverfassungsgerichts für Aufmerksamkeit. Zum einen wurde am 6. Juni 2013 die Entscheidung zur Gleichstellung bei der Einkommensteuer verkündet, zum anderen hatte das Gericht am 19. Februar 2013 klargestellt, dass das bisher in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft geltende Verbot der Sukzessivadoption, also die Annahme eines bereits angenommenen Kindes durch den jeweils anderen Partner/die andere Partnerin, mit dem Grundgesetz nicht vereinbar sei und forderte den Gesetzgeber auf, bis

zum 30. Juni 2014 eine verfassungsmäßige Regelung zu treffen. Bisher war lediglich die sogenannte Stiefkindadoption möglich, das heißt, eine lesbische Frau kann zum Beispiel das Kind ihrer Partnerin aus einer vorangegangenen Beziehung mit annehmen, wenn der leibliche Vater zustimmt. Die gemeinschaftliche Adoption war nicht Gegenstand dieses Verfahrens, aber auch dazu ist bereits eine Richtervorlage beim Bundesverfassungsgericht anhängig. Allerdings ermöglicht die neue Rechtslage diese indirekt, denn nun kann ein Partner weiterhin allein ein Kind adoptieren, das

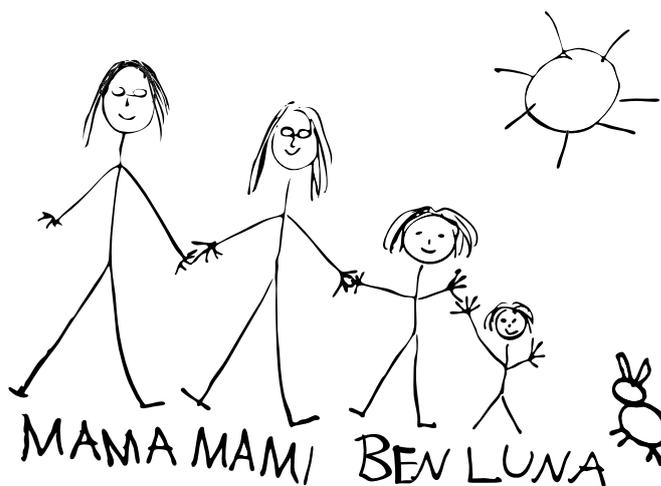
Die Zahl der Regenbogenfamilien, also Familien, in denen Kinder bei ihren lesbischen Müttern und/oder ihren schwulen Vätern aufwachsen, wächst kontinuierlich. Stammen die Kinder dabei bisher vorwiegend aus vorangegangenen heterosexuellen Beziehungen, entscheiden sich immer mehr Lesben und Schwule nach ihrem Coming-out für eigene Kinder. Dabei stellt die Insemination einen Weg dar, sich den Kinderwunsch zu erfüllen. Immer häufiger übernehmen homosexuelle Paare aber auch die Pflegschaft für ein oder mehrere Kinder oder sie adoptieren ein Kind. Eine

Studie, die 2009 im Auftrag des Bundesministeriums der Justiz die Lebenssituation von Kindern in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften untersuchte, bescheinigt lesbischen Müttern und schwulen Vätern, dass sie in ihrer elterlichen Kompetenz heterosexuellen Paaren in nichts nachstehen.

Dieser positiven Einschätzung zum Trotz wird voraussichtlich Russland keine Ausnahme bleiben, wenn es darum geht, ausländischen lesbischen und schwulen Paaren den Zugang

zur Adoption zu verwehren. Wahrscheinlicher ist, dass die rechtliche Stärkung und größere Sichtbarkeit gleichgeschlechtlicher Paare aufgrund der Eheöffnung in einigen Ländern auch zur Folge haben wird, dass weniger liberale Länder die Adoption durch ausländische homosexuelle Paare erheblich erschweren oder ganz verbieten werden. Demnach wäre erst die völlige Öffnung der Adoption auch für homosexuelle Eheleute ein noch genauerer Gradmesser für die tatsächliche Akzeptanz von Lesben und Schwulen in der Gesellschaft.

Eva Henkel



Grafik: LSVD

dann – möglicherweise sogar noch am selben Tag – im Rahmen der Sukzessivadoption von dem anderen Partner angenommen wird.

Schließlich ebnete 2013 mit Großbritannien ein weiterer, großer EU-Mitgliedstaat den Weg zur rechtlichen Gleichstellung von Lesben und Schwulen: Im Juli verabschiedete das britische Parlament ein Gesetz zur Öffnung der Ehe, das ab Mitte 2014 auch in England und Wales Eheschließungen von lesbischen und schwulen Paaren erlaubt. Paare, die bereits die seit 2005 mögliche sogenannte zivile Partnerschaft eingegangen sind, können diese in eine Ehe umändern. Schon heute ist es den Partnern oder Partnerinnen in einer zivilen Partnerschaft möglich, gemeinsam ein Kind zu adoptieren.

Homophobie in der Praxis

Personalpolitik der katholischen Kirche

Die römisch-katholische Kirche ist einer der größten Arbeitgeber in Deutschland. Tausende Lesben und Schwule sind bei ihr als Erzieher, Krankenpflegerin, Arzt, Lehrerin, Studienrat oder Professorin angestellt. Aber Homosexualität ist für die katholische Kirche nach wie vor eine schwere Sünde. Sie entlässt zwar Beschäftigte nicht allein deshalb, weil sie lesbisch oder schwul sind. Sie duldet in der Regel auch, dass Mitarbeiter mit einem gleichgeschlechtlichen Partner oder Partnerin zusammenwohnen. Problematisch wird es aber, wenn Beschäftigte eine Lebenspartnerschaft eingehen.

Zwar kündigen die Leitungen vieler katholischer Einrichtungen ihren Beschäftigten trotz Eingehung einer Lebenspartnerschaft nicht. Aber wenn das ein „frommes“ Gemeindemitglied oder eine gekränkte Kollegin mitbekommt und der Bistumsleitung meldet, ist die Kündigung in der Regel nicht mehr zu vermeiden. Weil die katholischen Bischöfe das Lebenspartnerschaftsgesetz nicht verhindern konnten, hat der „Ständige Rat der Deutschen Bischofskonferenz“ 2002 beschlossen, dass eine Verpartnerung immer einen schwerwiegenden Loyalitätsverstoß darstellt, der die Kündigung nach sich zieht. Die Angestellten sind folglich gezwungen, ihr Privatleben und ihre Beziehungen zu verheimlichen. Andernfalls riskieren sie eine Kündigung. Monat für Monat wenden sich Betroffene daher an den LSVD, entweder weil sie heiraten wollen und befürchten, dass ihr Arbeitgeber davon erfährt, oder weil ihnen eine Kündigung angedroht worden ist.

Vor einer Verpartnerung müssen wir den Betroffenen leider raten, ihre Hochzeit nur im engsten Familienkreis zu feiern und niemandem davon zu erzählen. Bei den Melde- und Standesämtern sollten Sperrvermerke eingetragen werden, den Finanzämtern sollte mitgeteilt werden, dass für beide weiterhin die Steuerklasse I gültig ist. Im Klartext heißt das: Die Paare müssen sich verstecken wie in Zeiten staatlicher Verfolgung. Das ist für die allermeisten so unerträglich wie unmöglich.



Foto: Caro Kadatz

So begleiten wir als Beistand seit vielen Jahren solche Kündigungsfälle:

- Mehrere Erzieherinnen sind aus katholischen Kindergärten entlassen worden. Sie hatten ein Kind geboren und ihre Frau geheiratet, weil diese das Kind sonst nicht als „zweiter Elternteil“

hätte adoptieren können. Absurderweise wollte die katholische Kirche die Erzieherinnen weiter beschäftigen, wenn sie sich bereit erklärt hätten, sich scheiden zu lassen und ihre Kinder als alleinerziehende Mütter großzuziehen. Dazu waren die Frauen natürlich nicht bereit.

- In drei Verfahren hat sich die Kölner Katholische Zusatzversorgungskasse geweigert, dem Lebenspartner die betriebliche Hinterbliebenenrente auszuzahlen, weil die verstorbenen Arbeitnehmer durch die heimliche Eingehung einer Lebenspartnerschaft schwer gesündigt hätten.

- Ein 60jähriger Studienrat sollte nach 30 Jahren an einem katholischen Privat-Gymnasium entlassen werden. Er hatte seinen langjährigen Lebensgefährten geheiratet, um ihm die Hinterbliebenenpension zu sichern und die hohe Erbschaftsteuer zu ersparen.

Mit Unterstützung des LSVD konnte in allen Kündigungsfällen nachgewiesen werden, dass die Kündigungen diskriminierend waren. Denn andere heterosexuelle Angestellte hatten auch gegen geltende katholische Moralvorschriften verstoßen: Sie lebten ohne Trauschein mit jemandem zusammen, hatten erneut geheiratet oder ließen ihr Kind nicht taufen. Ihnen war jedoch nichts passiert. Außerdem machten wir darauf aufmerksam, dass über solche Prozesse bundesweit kritisch berichtet wird. Daraufhin lenkten die Leitungen der Einrichtungen ein. In den Vergleichen haben sie sich verpflichtet, den gekündigten Beschäftigten die Regelabfindung zu zahlen.

Für den LSVD ist es eindeutig: Es kann nicht sein, dass Lesben und Schwule in Einrichtungen, die aus Steuergeldern finanziert werden, nur arbeiten dürfen, wenn sie sich verleugnen. Die katholische Kirche darf sich als Arbeitgeber nicht außerhalb des Diskriminierungsverbots in der Verfassung und dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz stellen. Kurzum: Sie muss Lesben und Schwule sowie die Lebenspartnerschaft endlich anerkennen.

Manfred Bruns

Geschlecht und Rechtsordnung

Interview mit Dr. Laura Adamietz

respekt!: Frau Adamietz, zum 1. November 2013 trat eine Änderung von § 22 des Personenstandsgesetzes in Kraft, nach der bei der Geburt eines intersexuellen Kindes auf die Geschlechtsangabe im Geburtenregister verzichtet werden kann. Was ist das Neue an dieser Regelung? Sind damit konkrete Verbesserungen für die Betroffenen verbunden?

Der neue § 22 PStG weicht von der Grundregel des § 21 Abs. 1 PStG ab, nach dem bei Geburt eines Kindes neben dem Namen, Geburtszeit und -ort auch das Geschlecht im Geburtenregister zu beurkunden ist. Was unter „Geschlecht“ zu verstehen ist, gibt das Gesetz zwar nicht vor. Absolut einheitliche Verwaltungspraxis war aber bisher, entweder „männlich“ oder „weiblich“ einzutragen, im Jahr 2010 wurde dies noch einmal von einer Verwaltungsvorschrift festgeschrieben. Seit 2009 war es aber möglich, sich eine Geburtsurkunde (die ja ein Auszug aus dem Geburtenregister ist) ausstellen zu lassen, auf der das Geschlecht nicht vermerkt war. Neu ist jetzt, dass im Geburtenregister selbst der Eintrag entfallen soll, das Geschlecht also tatsächlich nirgendwo vermerkt sein wird. Ob damit konkrete Verbesserungen verbunden sind, kann ich noch gar nicht sagen. Zu hoffen ist, dass die Neuregelung auch den Erwartungsdruck reduziert, ein Geschlecht einzutragen. Aber da das Gesetz so formuliert ist, dass kein Geschlecht eingetragen werden darf, wenn das Geschlecht nicht eindeutig zu bestimmen ist, könnte das auch den Druck erhöhen, schnell eine Eindeutigkeit herzustellen.

respekt!: Ist das ein Schritt zur rechtlichen Anerkennung intersexueller Menschen?

Ja und nein. Ja, weil das Recht erstmals seit Geltung des Preußischen Allgemeinen Landrechts (das den „Zwitter“ noch kannte) anerkennt, dass das Geschlecht eines Menschen nicht zwingend weiblich oder männlich sein muss. Nein, weil die Neuregelung völlig an der Realität von Inter* vorbeigeschrieben ist. Nicht jeder Mensch, dessen körperliche Merkmale nicht eindeutig auf eine der zwei herkömmlichen Geschlechtsgruppen verweisen, wünscht sich „kein“ Geschlecht zu haben. Einige würden ein „drittes Geschlecht“ vorziehen. Andere fühlen sich beiden Geschlechtern zugehörig. Wieder andere sind zwar „uneindeutig“ geboren, empfinden aber eine ganz eindeutige Geschlechtszugehörigkeit als Mann oder Frau.

respekt!: Im Koalitionsvertrag heißt es, die durch die „Änderung des Personenstandsrechts für intersexuelle Menschen erzielten Verbesserungen sollen evaluiert und gegebenenfalls ausgebaut werden“. Was wäre eine rechtliche Regelung, die die Situation von Intersexuellen wirklich verbessert?

Wenn der Geschlechtseintrag nicht nur in Ausnahmefällen, sondern für alle entfallen würde. Wenn die rechtliche Regulierung genitalverändernder Eingriffe an nicht einwilligungsfähigen Kindern endlich durchgesetzt würde, inkl. der Androhung strafrechtlicher Sanktionen.

Und wenn die Vermittlung von Wissen über geschlechtliche Vielfalt im Allgemeinen und Inter* im Besonderen gefördert würde, Eingang in schulische Lehrpläne und in die Ausbildungsordnungen der Akteure fände, die mit Inter* oder auch Trans* Menschen und deren Familien zu tun haben, sei es im medizinischen, pädagogischen oder behördlichen Bereich. Die könnten dann – wenn z.B. ein Kind geboren wird oder ein junger Mensch mit einem andern Vornamen angesprochen werden möchte – Verunsicherungen auffangen statt schüren und wären im besten Fall Multiplikatoren für eine diskriminierungsfreiere Gesellschaft.

Die Fragen stellte Renate Rampf



*Dr. Laura Adamietz,
Wissenschaftliche Mitarbeiterin
am Zentrum für Europäische
Rechtspolitik, Universität
Bremen, Promotion (2010)
„Geschlecht als Erwartung. Das
Geschlechtsdiskriminierungsverbot
als Recht gegen Diskriminierung
wegen der sexuellen Orientierung
und der Geschlechtsidentität“*

Geschwister im Geiste

Umgang mit Lesben und Schwulen in Russland und anderswo



Foto: privat

*Dirk Siegfried,
Rechtsanwalt und Notar aus Berlin
mit Schwerpunkt Eingetragene
Lebenspartnerschaft, Kindschaftsrecht,
binationale Partnerschaften und Asyl*

Mein Großvater hat sich einmal über den Chorleiter seines Männergesangsvereins geärgert. Und bei der nächsten Aufführung nur die Lippen bewegt. Der Protest blieb vermutlich unbemerkt, jedenfalls aber wirkungslos. Der Bundespräsident fährt nicht zu den Olympischen Spielen. Er begründet das nicht. Der Deutschlandfunk beeilt sich, uns zu erklären, ein Zusammenhang mit den Menschenrechtsverletzungen in Russland sei nicht gesichert. Außerdem habe er nicht abgesagt, sondern nur nicht zugesagt. Der Bundespräsident lässt nicht dementieren. Die Bundeskanzlerin hält das für falsch. Der Unterschied besteht offenbar darin, dass beide nichts tun.

Von den Menschenrechtsverletzungen in Russland sind unter anderem Lesben und Schwule betroffen. Nach Jahren der Öffnung, CSD-Paraden und lesbisch-schwulen Filmfestivals auch in Städten, die hier allenfalls aus dem Erdkundeunterricht bekannt sind, gibt es seit Juni 2013 ein landesweites Gesetz, das Propaganda für Homosexualität in Anwesenheit von Minderjährigen unter Strafe stellt. 436 von 437 Abgeordneten sollen für dieses Gesetz gestimmt, einer sich der Stimme enthalten haben. Begründet wird das Gesetz mit dem Jugendschutz. Putin sagt, er habe nichts gegen Homosexuelle. Er arbeite mit diesen Leuten, er zeichne sie manchmal mit staatlichen Orden oder Preisen für ihre Verdienste in vielen verschiedenen Bereichen aus. Schlimm an diesem Gesetz ist vieles, u.a. die unklare Begrifflichkeit. Schon ein Händehalten von zwei Frauen oder zwei Männern kann danach strafbar sein, wenn es zufällig ein Kind oder ein Jugendlicher sieht. Das Gesetz schürt also Angst und Unsicherheit weit über die konkrete Anwendung hinaus. Die lesbische und schwule Infrastruktur wird zerstört. Jegliches Wirken nach außen kann als Propaganda in diesem Sinne verstanden werden. Der unmittelbare staatliche Eingriff wird zudem als Signal an die Bevölkerung verstanden, dass eine bestimmte Bevölkerungsgruppe nun quasi vogelfrei ist und mit staatlichem Schutz vor Gewalt, Erpressung und Ausgrenzung nicht zu rechnen hat. Dementsprechend ist die Gewalt gegen Lesben und Schwule stark gestiegen. Das Auswärtige Amt hat deswegen bereits eine Reisewarnung

erlassen. Besonders betroffen sind Lesben und Schwule mit Kindern. Sie leben in ständiger Gefahr, dass die Kinder aus ihren Familien entfernt werden mit der Begründung, dass bereits die Realität dieser Familie eine Propaganda für Homosexualität darstellt. Eine Verschärfung der Gesetze für die Zeit nach den Olympischen Spielen ist zu befürchten.

Es gibt bereits jetzt einen starken Druck auf Lesben und Schwule, Russland zu verlassen. Vermehrt auch mit Asylanträgen. In zwei Fällen hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge immerhin den Flüchtlingsstatus zuerkannt. Der Weg dorthin ist entbehrungsreich und unsicher. Während des Verfahrens gibt es die sog. Residenzpflicht, d.h. die Verpflichtung, an einem bestimmten, nicht frei gewählten Ort, zunächst in einem Heim zu leben. Die Möglichkeiten, zu arbeiten oder sich fortzubilden, sind äußerst beschränkt. Der Ausgang der Asylverfahren ist äußerst ungewiss. Gerade bei einer Gefährdung, die so wenig konkret daherkommt. Wenn noch nichts passiert ist, heißt es, es ist doch nichts passiert. Wenn etwas passiert ist, z.B. Kinder weggenommen sind, ist es meist zu spät.

Die Bundesrepublik könnte nach §§ 22 und 23 Aufenthaltsgesetz Lesben und Schwule aus Russland auch ohne Asylverfahren aufnehmen und ihnen eine Aufenthaltserlaubnis erteilen. Sie könnte damit nicht nur Menschen in Not eine unbürokratische und menschenwürdige Hilfe gewähren, sondern auch ein Signal nach außen setzen. Das wird nicht einmal ernsthaft in Erwägung gezogen. Was kann aber auch von einem Staat erwartet werden, dessen Kanzlerin sich „schwertut“ mit einem Adoptionsrecht für Lesben und Schwule, in Frage stellt, ob das im „Kindeswohl“ liegt? Auch sie soll ja persönlich nichts gegen Homosexuelle haben. Was es nicht besser macht. Seitdem niemand mehr weiß, was eigentlich konservativ ist, gilt es offenbar als einer der wenigen verbliebenen Nachweise für eine konservative Gesinnung, unter dem Vorwand des Jugendschutzes homosexuellefeindliche Ressentiments zu schüren.

*Dirk Siegfried,
Rechtsanwalt und Notar*

In Russland sind wir alle Lesben und Schwule!

Prominente aus Kunst, Medien und Sport unterstützen die Initiative des Lesbian- und Schwulenverbands (LSVD) zu einer Solidaritätsaktion für Lesben und Schwule in Russland. In dem „Sotschi-Freiheitsappell“ fordern sie die deutsche Delegation auf, während der Olympischen Winterspiele ihr Recht auf Meinungsfreiheit zu nutzen und sich in Interviews für die Rechte von Homosexuellen einzusetzen. Lesben und Schwule stehen als ein Beispiel für die zunehmende Unterdrückung von Freiheitsrechten in Russland.

Der Appell richtet sich an alle Athletinnen und Athleten, an Berichterstatter, Betreuende und alle offiziellen Vertreterinnen und Vertreter Deutschlands bei den Olympischen Spielen. Sie werden aufgefordert, jede Möglichkeit der Öffentlichkeit in Sotschi zu nutzen, um ein Zeichen für die Menschenrechte zu setzen.

Dokumentation: Sotschi-Freiheitsappell

Lesben und Schwule werden in Russland brutal unterdrückt. Menschenrechte werden immer stärker missachtet, für alle wird die Meinungsfreiheit zunehmend eingeschränkt.

Sie können etwas dagegen tun. Vor 50 Jahren rief John F. Kennedy den bedrängten, um ihre Freiheit fürchtenden Menschen in Berlin zu: „Alle freien Menschen, wo immer sie leben mögen, sind Bürger Berlins, und deshalb bin ich als freier Mensch stolz darauf, sagen zu können ‚Ich bin ein Berliner!‘“

2014 können Sie in Sotschi ein Zeichen setzen: Die Olympische Charta verbietet politische Demonstrationen an den olympischen Stätten, aber selbstverständlich gilt für Sie als Athletinnen und Athleten oder Betreuerinnen und Betreuer auch in Sotschi das Recht auf freie Meinungsäußerung.

In Interviews und Medienterminen werden Sie natürlich in erster Linie über die Wettkämpfe und Ihre sportlichen Leistungen sprechen. Wir appellieren an Sie, dem in jedem Gespräch, bei jedem Interview und Medientermin ein Wort der Solidarität hinzuzufügen. Das ist unser Vorschlag zum Sotschi-Freiheitsappell:

„Als ein freier Mensch sage ich: In einem Land, das Lesben und Schwule unterdrückt, bin auch ich ein Schwuler, bin auch ich eine Lesbe. Denn ich stehe ein für das Recht aller Menschen auf Meinungsfreiheit, auf Gleichbehandlung und auf Respekt für ihre Liebe. Unterdrückung und Gewalt gegen eine Minderheit dagegen machen uns alle unfrei. Die Zensur- und Unterdrückungsgesetze müssen weg.“

Jede Gesellschaft gewinnt, wenn unsere lesbischen Schwestern und unsere schwulen Brüder ebenfalls frei, gleichberechtigt und respektiert leben können.“

Unterstützen Sie den Sotschi-Freiheitsappell! Nutzen Sie jede Gelegenheit dazu, ein Zeichen für die Menschenrechte zu setzen!

Erstunterzeichnende:

Frank Bsirske (Vorsitzender von ver.di)

Hans Christoph Buch (Schriftsteller)

Zora del Buono (Schriftstellerin)

Renan Demirhan (Schriftstellerin und Schauspielerin)

Tanja Dückers (Schriftstellerin)

Imke Duplitzer (Fechterin)

Karen Duve (Schriftstellerin)

Nina Hagen (Sängerin)

Gerold Hildebrand (DDR-Bürgerrechtler)

Freya Klier (Schriftstellerin und Filmemacherin)

Guðrún Landgrebe (Schauspielerin)

Bernd Loebe (Intendant der Frankfurter Oper)

Christine Lüders (Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes)

Marko Martin (Schriftsteller)

Roswitha Quadflieg (Schriftstellerin)

Lutz Rathenow (Schriftsteller)

Frank Schätzing (Schriftsteller)

Hella von Sinnen (Fernsehunterhalterin und Komikerin)

Günter Wallraff (Journalist und Schriftsteller)

Uwe Tellkamp (Schriftsteller)

Theo Zwanziger (DFB-Präsident a.D.)

Unterschreiben! sotschi@lsvd.de



Die Demo als Visitenkarte

Neue Webseite der Hirschfeld-Eddy-Stiftung

Es heißt, sie können alles, sogar Hochdeutsch: Die Agentur Scholz & Friends macht Imagekampagnen für Landesregierungen, hat den klugen Kopf hinter der Zeitung erfunden und das Logo für amnesty international entwickelt. Die Kerze, umgeben von Stacheldraht. Zu ihren aktuellen Projekten gehören der „Superpenner“, eine Sonderausgabe der Obdachlosenzeitung „Straßenfeger“, und die grafische Konzeption der neuen Webseite der Hirschfeld-Eddy-Stiftung.

Durch Vermittlung von Volker Beck (MdB und Mitglied im Kuratorium der Hirschfeld-Eddy-Stiftung) gelang es, ein Team um Dr. Norbert Taubken, Business Director bei Scholz & Friends, für eine pro bono (kostenlose) Zusammenarbeit zu gewinnen. Nach ersten Vorgesprächen zwischen den Vorständen der Agentur und der Stiftung im April 2012 war schnell klar: Für das Anliegen der Stiftung, langfristig eine Erhöhung des Kapitals zu erreichen, brauchen wir eine erstklassige Webseite. „Soziale Organisationen müssen heutzutage immer professioneller auftreten, um in der Ökonomie der Aufmerksamkeit zu bestehen“, betont Taubken. Und das beginnt mit der Webseite. Sie ist die Visitenkarte der Stiftung.

„Die neue Gestaltung ist seriös und reduziert auf das Wesentliche“, erklärt Art Direktor Ajdin Pajevic. Die dargestellten Demonstrationsschilder symbolisieren den weltweiten Kampf für die Anerkennung der Menschenrechte. Es

ginge darum zu zeigen, dass viele verschiedene Menschen, Lebensentwürfe und Forderungen im Kampf für Gerechtigkeit und Würde vereint sind. „Die Vorderseite der Schilder zeigt prägnant formulierte Thesen und Forderungen – wichtig ist aber auch: es gibt eine Rückseite. Hier bieten wir weiterführende Informationen und Hintergründe an, weil Information der erste Schritt zu gegenseitigem Verständnis ist“, so Pajevic. Schon in der ersten Präsentation war das intensive Engagement des kreativen Teams zu merken. So betont Kreativdirektorin Lina Jachmann: „Dieses Projekt war uns eine besondere Herzensangelegenheit, weil in Deutschland oft noch vergessen wird, dass Homosexuelle in anderen Ländern unter extremen Einschränkungen leiden.“

Die Ideen begeisterten auch den LSVD-Bundesvorstand und die Hirschfeld-Eddy-Stiftung. Aber eine gute Idee braucht auch eine gute Umsetzung. Es war gar nicht so einfach, die grafischen Vorschläge so zu realisieren, dass sie den Erfordernissen einer ehrenamtlich arbeitenden Organisation mit wenig Geld entsprechen. Im Sommer 2013 konnte dann Jörg Wagner von der Firma Digilog multimedia aus Saarbrücken gewonnen werden, der mit großem Geschick eine für alle gute Lösung gefunden und nur ein Bruchteil der Arbeit in Rechnung gestellt hat. Seit November 2013 ist die neue Webseite online.

*Manfred Bruns und Uta Kehr
hirschfeld-eddy-stiftung.de*



Gay Folks Movement



Licht Graffiti an der russischen Botschaft in Berlin, 10. Januar 2014

Präsident Putin will im russischen Sotschi mit den olympischen Winterspielen sein Land als weltoffen und modern präsentieren. Die Realität sieht anders aus: Staatliche und gesellschaftliche Verfolgung von Homosexuellen und Andersdenkenden sind an der Tagesordnung. Mit dem Gay Folks Movement wollen der LSVD und die Hirschfeld-Eddy-Stiftung den internationalen Protest dagegen stärken und organisieren.

Mit dem Gesetz gegen „Propaganda von nicht-traditionellen sexuellen Beziehungen“ wurde 2012 Homosexualität in Russland wieder kriminalisiert. Durch das Gesetz ist ein offenes und selbstbestimmtes Leben für Lesben und Schwule nicht mehr möglich. Mit der Unterdrückung durch den Staat ging eine gesellschaftliche Radikalisierung einher, die zu einer regelrechten Hetzjagd auf schwule Männer in Russland führte. Mit der Aktion „Freundschaftskuss“ hat der LSVD seit März 2013 Solidarität mit Lesben und Schwulen in Russland gezeigt.

Eine neue Dimension des Protestes startete am 10. Januar mit dem Gay Folks Movement. Dazu einzuladen, die Vielfalt der verschiedenen Aktionen überall auf der Welt zu bündeln, gemäß dem Motto „act local – think global“, ist das große Ziel. Träger der Kampagne ist die Hirschfeld-Eddy-Stiftung. Das Konzept: eine schon international bekannte Protest-Figur gegen staatliche Unterdrückung, Guy Fawkes, in eine Identifikations-Bewegung für den weltweiten LSBTI-Protest - dem Gay

Folks Movement - transformieren. Die Idee dazu stammt von engagierten jungen Mitarbeitern von Aperto Plenum, Teil der Agentur-Gruppe Aperto, die ihr professionelles Wissen um moderne Kampagnenführung in den Dienst der guten Sache stellen.



Das von Aperto Plenum in Zusammenarbeit mit dem LSVD erstellte Grundsortiment an Ideen, Logos, Informationen steht allen, die sich engagieren wollen, zur Verfügung. Durch das angestrebte Netzwerk werden sowohl abgestimmte internationale Maßnahmen als auch individuelle Einzel-Aktionen möglich. Mit dem Claim „Fair and equal. To everyone“ ist die Kampagne offen für Beteiligungen weit über die Community hinaus. Gay Folks Movement bietet an, Dach-Kampagne zu sein, ohne die Vielfalt und den Ideen-Reichtum einzelner Aktivitäten zu beschneiden, und mit dem bestehenden Grundgerüst auch kleineren Organisationen die Möglichkeit zu geben, ohne

großen Aufwand tätig werden zu können. Gay Folks Movement ist so offen für ein weites Spektrum an Aktionen.

Der offizielle Start der Kampagne am 10. Januar wurde mit einer bisher einmaligen Aktion eingeleitet. Endeten die Demonstrationen in Berlin bisher vor dem Zaun der russischen Botschaft, wurde diesmal der Protest auf das Botschaftsgelände selbst getragen. Mit Hilfe einer Licht-Projektion wurde das Logo auf die Fassade der Botschaft gestrahlt. Ein Bild mit Symbolkraft: Gay Folks Movement überwindet Grenzen und erinnert die russische Staatsmacht daran, dass Menschenrechte überall gelten müssen. Als erste Bewährungsprobe für die Kampagne gilt der 7. Februar, wenn in Sotschi die Olympiade eröffnet wird. Zeitgleich sollen weltweit vor den russischen Botschaften Demonstrationen mit einer Schweigeminute stattfinden. Verliert die Eröffnungsfeier durch die Absage vieler internationaler Staatsgäste schon an Bedeutung, wird gleichzeitig weltweit auf die Verfolgung von Minderheiten in Russland hingewiesen. Am 14. Februar, dem Valentinstag, wird dann die nächste Aktion stattfinden. Am internationalen Tag der Liebenden werden mit dem Gay Folks Movement Liebesgrüße nach Russland geschickt.

Aber nicht nur in Russland werden sexuelle Minderheiten unterdrückt und verfolgt. Es bedarf einer weltweiten Bewegung, damit global gilt: „Fair and equal. To everyone.“

Axel Hochrein

Pride & Prejudice

Homosexualität und Religion in Afrika



In der letzten November-Woche hatte die Hirschfeld-Eddy-Stiftung erneut zwölf Aktivistinnen und Aktivisten aus Afrika zu Gast. Schwerpunkt der Besuchsreise war das Thema Homosexualität und Religion in Afrika. Mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes konnten wir den Gästen auch in 2013 wieder eine ganze Woche voller interessanter Workshops, Gespräche und Kontakte bieten. Höhepunkte des Besuchsprogramms waren Gespräche mit hiesigen Kirchenvertretern sowie eine halbtägige Konferenz im Auswärtigen Amt mit dem Titel „Pride & Prejudice - Homosexualität und Religion in Subsahara-Afrika“.

Hier hatten die afrikanischen Gäste Gelegenheit, umfassend über die Situation von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender (LSBT) in ihren Ländern und über ihre Arbeit zu berichten. Alle sprachen von gesellschaftlicher Ausgrenzung und der enormen Tabuisierung von Sexualität in Afrika. Zudem berichteten die Gäste von der tief verwurzelten religiös motivierten Homo- und Transphobie in ihren Ländern.



Dr. Sebastian Müller vom Deutschen Institut für Menschenrechte sprach über das Thema „Religionsfreiheit und Menschenrecht unabhängig von sexueller Orientierung: Kongruenz oder Dilemma?“ Der Menschenrechtsexperte für das Thema Religionsfreiheit betonte, dass beide Menschenrechte, Religionsfreiheit und freie Entfaltung der Persönlichkeit, miteinander in Beziehung stehen, dass das eine Menschenrecht nicht über dem anderen stehe, sondern vielmehr die Menschenrechte ganzheitlich zu begreifen sind. Die Gäste aus Südafrika, Ruanda, Nigeria, Kamerun, Malawi, Uganda, Simbabwe, Sambia und Ghana hoben allesamt hervor, dass es bislang unmöglich sei, mit ihren heimischen Politikerinnen und Politikern oder Kirchenvertretern ins Gespräch zu kommen. Auch deshalb sei die Besuchsreise wichtig, denn in Deutschland habe man diesen kritischen Dialog mit den Kirchen geführt. Die verschiedenen Gespräche hätten deutlich gemacht, dass es eine gemeinsame Basis gebe: Herabwürdigung und Ausschluss von LGBT aus den Kirchen sei nicht hinnehmbar, Kirchenvertreter dürften die Menschen nicht wegen ihrer sexuellen Identität verurteilen.



Es gelte, die positiven Stimmen in den Kirchen zu stärken. Zudem müsse die Wissenschaft das vorkoloniale Afrika und den damaligen Umgang mit Homosexualität in den Vordergrund stellen, damit dem Argument, Homosexualität sei unafrikanisch, mit einem starken Gegenargument entgegnet werden könne. Auch war man sich darin einig, dass den Kirchen in Deutschland eine Vermittlerrolle zwischen den afrikanischen Kirchen und afrikanischen LSBT zukommen könne. Oder wie es ein Teilnehmer formulierte: „Das nächste Mal sollten auch afrikanische Kirchenführer eingeladen werden, damit sie von den deutschen Religionsgemeinschaften etwas lernen können. Ich habe jedenfalls viele Dinge gelernt: Wie LSBT mit den Kirchen in Deutschland arbeiten und wie ich meine Kirchenführer für LSBT-Themen sensibilisieren kann. Das ist wichtig, weil die Kirchen eine Schlüsselrolle in der Politik unserer Länder einnehmen.“



Fotos: Hirschfeld-Eddy-Stiftung

Klaus Jetz

Ermunterung gesucht

Anti-Homosexualitäts-Gesetz in Uganda vorerst gestoppt

Am 20.12.2013 hat das ugandische Parlament überraschend das sogenannte „Anti-Homosexualitäts-Gesetz“ verabschiedet. Die Gesetzesvorlage sieht lebenslange Haftstrafen für homosexuelle Handlungen und die Strafbarkeit von Unterstützung von Homosexualität vor. Dazu gehört auch, dass sich strafbar macht, wer Homosexuelle kennt und sie nicht anzeigt. Mitte Januar hat Präsident Yoweri Kaguta Museveni das Gesetz zurückgewiesen. Damit ist ein erneuter Aufschub erreicht. Das Parlament kann den Gesetzentwurf jetzt noch einmal diskutieren oder abändern. Und es besteht auch die Möglichkeit, dass das Gesetz gegen die Zustimmung des Präsidenten zum gültigen Gesetz erklärt wird.

Frank Mugisha, der Geschäftsführer von SMUG (Sexual Minorities Uganda), erklärte nach der Verabschiedung des Gesetzentwurfes durch das Parlament, SMUG werde „bis zum Ende“ gegen diese Gesetzgebung kämpfen.

Im Oktober 2013 hatte ich Frank Mugisha sowie den Programmkoordinator von SMUG, Pepe Onziema, in Kampala getroffen. Zu diesem Zeitpunkt war es ruhiger um den Gesetzentwurf geworden, der erstmalig vor vier Jahren, im Oktober 2009, in das ugandische Parlament eingebracht worden war. Der ursprüngliche Gesetzentwurf sah vor, homosexuelle Handlungen im schlimmsten Fall mit dem Tod zu bestrafen. Dieser Passus wurde nach weltweiten Protesten aus dem Entwurf gestrichen.

Viel ist passiert in den letzten vier Jahren. Mit vielen Aktiven hat SMUG gegen den Gesetzentwurf gekämpft, öffentliche Kampagnen gestartet, eine Zeitung wegen Hetze und Zwangsausings verklagt, den Prozess gewonnen, eine Koalition von über 20 zivilgesellschaftlichen Organisationen für den Kampf gegen den homophoben Gesetzentwurf ins Leben gerufen, unzählige Interviews im Ausland gegeben, professionelle Lobbyarbeit unter schwierigsten Bedingungen geleistet, zwei Pride-Events veranstaltet und viele LGBT-Personen in Uganda beraten und unterstützt.

Ein schreckliches Ereignis unterbrach ihren arbeitsreichen Alltag. David Kato, Vorreiter und ugandischer Aktivist der Lesben-, Schwulen- und Transsbewegung, wurde im Januar 2011 in seinem Haus ermordet. Zwar wurde der Mörder verhaftet und auch verurteilt, der Fall hinterließ aber unzählige Fragen und eine geschockte, tief traurige aber auch kampfbereite LGBT-Community.

Es gibt eine steigende Zahl gewalttätiger Übergriffe zu beklagen. Fast täglich wird SMUG von Menschen kontaktiert, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Genderidentität Probleme mit der Familie, dem Vermieter, dem Arbeitgeber, der Polizei oder den Nachbarn haben. Berichte von gewalttätigen Übergriffen, aber auch von Verhaftungen und Gerichtsverfahren häufen sich. Frank und Pepe betonen, dass der Gesetzentwurf bereits jetzt weitreichende Folgen für die ugandische LGBT-Community hat. Er ist verbunden mit einer Welle öffentlicher Diskussion um Homosexualität und hat eine zunehmende Hetze gegen Homo- und Transsexuelle ausgelöst. Wegen der vielen Übergriffe stehen die Aktivistinnen und Aktivisten von SMUG häufig vor dem Problem, zumindest übergangsweise einen sicheren Ort für Menschen zu finden, die von ihren Familien oder vom Vermieter aus dem Haus geworfen wurden oder von Nachbarn bedroht werden.

Das Gesetz wäre ein Angriff auf die wichtige Arbeit von Menschenrechtsverteidigern und wird die Aids-Präventionsarbeit im Land torpedieren. Zudem verletzt es elementare Menschenrechte, wie sie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR) festgelegt sind, den auch Uganda unterzeichnet hat. SMUG ruft die internationale Gemeinschaft auf, Uganda an seine Bindung an bestehende Verträge zu erinnern und gegen den Anti-Homosexualitäts-Gesetzentwurf einzutreten.

*Claudia Körner,
amnesty international*



Spenden Sie!

Sexual Minorities Uganda
(SMUG) braucht Unterstützung, um
Menschenrechte zu verteidigen und um
Lesben, Schwule und Transgender in Not
unterstützen zu können.
Oft brauchen sie schnell eine sichere
Unterkunft oder einen guten Anwalt.

Durch internationale Vernetzung,
Öffentlichkeitsarbeit und Spendenaufrufe
setzt sich die Hirschfeld-Eddy-Stiftung für
die Partnerorganisationen in Uganda ein.

Hirschfeld-Eddy-Stiftung
Stichwort: SMUG-Uganda
IBAN: DE64370205000005010000

Aktiv den Kontakt zur Basis suchen

Herausforderungen für die internationale Solidarität



Regenbogenphilanthropie
Einmal im Jahr greift der Fachtag Regenbogenphilanthropie zentrale Themen der Menschenrechtsarbeit für Lesben, Schwule und Transgender auf.

2013 stand die Frage „Wer spricht? Wer wird gehört?“ im Fokus. Es antworteten neben den im Artikel erwähnten Vertreterinnen und Vertreter mehrerer Organisationen: Ise Bosch (Dreilinden), Ute Hausmann (FIAN Deutschland), Boris Dittrich (Human Rights Watch), Sonja Schelper (filia), Silvia Heer (Auswärtiges Amt), Dr. Katharina Spiess (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit) und Christoph Strässer MdB (SPD), der jetzige Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung.

Hilft es, wenn wir in Deutschland eine große Demo machen und gegen die Unterdrückung von Homosexuellen in Afrika protestieren?“, diese Frage richtet sich an Dorothy Aken'Ova-Ogidi aus Nigeria, Hauptreferentin des fünften Fachtags Regenbogenphilanthropie.

Dorothy hat in einem mitreißenden Vortrag klar gemacht, dass alle, die von Deutschland aus Lesben, Schwule, Bisexuelle oder Transgender (LSBT) in anderen Ländern unterstützen wollen, zuallererst mit den Betroffenen vor Ort sprechen müssen. Entsprechend viele Fragen kommen aus dem Publikum. Dorothy antwortet ausführlich und weist auch auf mögliche negative Folgen internationalen Drucks hin: Ein Land, das immer wieder angeprangert wird, verliert den Anschluss an die internationale Gemeinschaft. Diese negative Publicity schadet einerseits den politischen Führern. Andererseits droht ein Backlash für LSBT selbst: Ihnen wird die Schuld am Ansehensverlust gegeben und ihre Lebenssituation verschlechtert sich.

Sie plädiert deshalb eindringlich für eine Unterstützung der Basis. Es gehe darum, den Kontakt mit den Aktivistinnen aufzubauen. Nur so könne der Vielfältigkeit der über 50 Länder und ihren unzähligen Regionen Rechnung getragen werden. „Die Diversität von Afrika ist eine riesige Herausforderung“, betont Aken'Ova-Ogidi. Das heißt, dass die Aktiven im globalen Norden viel mehr tun müssen, um viel mehr unterschiedliche Stimmen zu hören.

Diaspora-Organisationen als Vermittler?

Viele wollen aus Deutschland aktiv werden, aber die meisten haben keine direkten Ansprechpartner. Könnten Migrant*innenorganisationen die Vermittlung übernehmen? Könnten Diaspora-Gruppen

für die LGBT in den Herkunftsländern sprechen? Andreas-Ephraim Bollwinkel von der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISM) hat dieser Frage eine ausführliche Analyse gewidmet, die auf dem Fachtag verlesen wird. Auch er stellt klar, dass es nur eine Expertengruppe gibt, nämlich die Betroffenen in den jeweiligen Ländern. Zwar gibt es in Deutschland etwa 250 Gruppen und Vereine der afrikanischen Diaspora, aber diese sind laut Bollwinkel für die Fragen von Genderidentität und sexueller Orientierung nicht aufgeschlossen. Erfreuliche Ansätze gibt es in der Initiative Schwarze Menschen (ISM), die sich gegen Rassismus und für sexuelle Selbstbestimmung einsetzt, auch wenn es noch „keine eigene queere Untergruppe und also auch keine öffentliche Wirkungsmacht“ gibt.

Ähnliches berichtet Regina Elsner über die russischen Migrant*innenorganisationen. Dort sei Homo- und Transsexualität ebenso tabuisiert wie in der russischen Gesellschaft. Deshalb habe sich Quarteera gegründet, die Gruppe für russischsprachige LSBT. Allerdings könne Quarteera allenfalls eine Vermittlerrolle einnehmen: „Wir sprechen nicht für die Lesben und Schwulen in Russland!“ Elsner empfiehlt Städtepartnerschaften zu nutzen, um direkte Kontakte aufzubauen und bietet an, Ansprechpersonen in russischen LSBT-Projekten zu vermitteln.

Der Fachtag hat gezeigt, die Frage „Wer spricht? Wer wird gehört?“ ist zentral für die internationale Zusammenarbeit. Die Grundbedingungen eines wirkungsvollen Engagements sind: aktiv den Kontakt zu den Betroffenen vor Ort suchen, zuhören und nicht zuletzt eine finanzielle Unterstützung ihres mutigen Kampfes leisten.

Renate Rampf



Foto: Womens Leadership Center in Namibia

Sichtbarkeit ist auch ein Risiko

Stärkung von Lesben und Transgender in Subsahara-Afrika

Vor neun Jahren, im März 2005, ging die „Koalition afrikanischer Lesben“ das erste Mal an die Öffentlichkeit. Aktive aus dem Kontext der Frauenbewegung, aus Lesben- und Transprojekten sowie der Arbeit für sexuelle und reproduktive Rechte hatten zwei Jahre darauf hingearbeitet. Eine Frau fehlte: Fannyann Eddy aus Sierra Leone. Sie, die vor dem UN-Menschenrechtsrat gefordert hatte, lesbische Frauen in Afrika nicht zu vergessen, war kurz zuvor brutal ermordet worden.

„Der Sichtbarkeit und Gleichheit von lesbischen Frauen verpflichtet“, so heißt es in dem Gründungspapier der Coalition of African Lesbians (CAL). Mehr Sichtbarkeit – weltweit können sich lesbische Frauen schon mit ein paar Sätzen über diese politische Zielsetzung verständigen. Aber in vielen Ländern der Welt ist Sichtbarkeit auch eine große Gefahr.

Das gilt selbst für Südafrika, das einzige Land in Afrika, das allen Menschen unabhängig von sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität die gleichen Rechte garantiert. So berichtet Dawn Cavanagh (Leiterin des Afrika-Büros von CAL in Südafrika) von dem Weg eines Mädchens aus Johannesburg, das als lesbisch geoutet ist und das auf seinem Weg zu Schule beschimpft und bedroht wird. So lange, bis es sich nicht mehr traut zur Schule zu gehen. Wie viele von diesen Mädchen, fragt Dawn, machen dann ihren Abschluss? Wie viele, die trotzdem einen Schulabschluss machen, finden dann einen Job? Eine Wohnung? Kann sich eine lesbische Frau frei bewegen? Erfährt sie Unterstützung, durch die Familie, das Gesundheitssystem? Wir sind erst am Ziel, wenn es gelingt, die Menschen vor direkter Gewalt

zu schützen und Unterstützung zu gewährleisten. Die Frauen von CAL engagieren sich dafür, dass das im südlichen Afrika Realität wird. CAL hat schon Großartiges geleistet: Am 17. Juni 2011 verabschiedete der UN-Menschenrechtsrat die erste Resolution zu sexueller Orientierung und Gender-Identität. Durch intensive Hintergrundarbeit konnte CAL die Südafrikanische Regierung dafür gewinnen, die Resolution führend voranzubringen. Auf Videos dieser Sitzung ist zu sehen, wie afrikanische und islamische Delegierte den Saal scharenweise unter Protest verlassen.

In enger Zusammenarbeit mit Dawn Cavanagh und der Frauenstiftung filia haben LSVD/Hirschfeld-Eddy-Stiftung 2013 ein Projektkonzept entwickelt, in dessen Fokus die Stärkung und die Vernetzung von lesbischen Frauen und Transgender in Subsahara-Afrika steht. Das Projekt überzeugte das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung; es bewilligte 490.000€, weitere 49.000€ bringt filia.die frauenstiftung ein. Die Summe ermöglicht eine dreijährige Projektarbeit in den Ländern Botswana, Namibia, Sambia und Simbabwe mit einem Projektmanagement von Südafrika aus.

LSVD/Hirschfeld-Eddy-Stiftung und filia teilen sich die Projektleitung, denn da ist viel zu tun, von der Abstimmung mit dem Ministerium über die Öffentlichkeitsarbeit für das Projekt bis hin zur konkreten Kontrolle der Mittelverwendung. Das Projektmanagement vor Ort liegt in Johannesburg bei unserer Projektpartnerin CAL und Dawn Cavanagh. Im März 2014 beginnt der Kick-Off Workshop in Johannesburg.

Uta Kehr, Sonja Schelper und Uta Schwenke

filia.die frauenstiftung ist die einzige deutsche Gemeinschaftsstiftung, die weltweit Frauenprojekte fördert.

filia verwandelt Geld in Aktivitäten von Frauen und Mädchen für Frauen und Mädchen.

Mit allen Förderungen sind wir besonders den Frauen und Mädchen verpflichtet, die mehrfache Diskriminierung erfahren. In Südafrika unterstützte filia die Proteste, die den Prozess zum Mord an der lesbischen Fußballerin Eudy Simelane begleiteten.

www.filia-frauenstiftung.de

Songs zu Trans*

„She is there“ zu Erfahrungen von Transgender



Fotos: sistas inspiration

Ein Video: Drei Mädchen zeigen mit dem Finger auf mich, lachen mich aus. Vier Basketballer bedrängen mich und drohen mit Schlägen. Die Mutter meiner Kinder wirft mir vor, ich würde die Familie mit meinem Auftreten verletzen. – Diese Szenen zum Song „She is there“ der Deborah Campbell Band lassen eindringlich nachempfinden, welche diskriminierende Erfahrungen Transgender auch heutzutage immer wieder machen müssen. Gitarristin und Komponistin Deborah ist auch im Vorstand des LSVD Köln aktiv und Mitautorin einer Studie zum Alltag von Transgender: „Ein offenes Leben gehört für Transmenschen zu einem zufriedenen Leben dazu. Gleichzeitig besteht durch ein Coming-out die reale Gefahr von Anfeindungen bis hin zu Gewalt. Für mich ist es wichtig, die Erfahrungen von Transgender der allgemeinen Bevölkerung leichter zugänglich zu machen. Der Weg dafür ist meine Musik.“

Deborah und ihre Band arbeiteten bereits zum zweiten Mal mit den Filmemacherinnen von sistas inspiration zusammen. Während es im ersten Video „Nothing wrong with me“ vor allem um Selbstakzeptanz und Selbstwertgefühl ging, thematisiert der neue Clip die traurige Erfahrung von physischer und psychischer Gewalt. Das Video zu „She is there“ versetzt die Zuschauenden in die Lage einer Transfrau. So erleben wir die teilweise bedrohlichen Blicke und drohenden Angriffe in der Öffentlichkeit oder die Anfeindungen aus der Familie. In vier Tagen wurden Drehbuch und Clip gemeinsam mit aus dem Freundes- und Bekanntenkreis zusammengetrommelten Schauspielerinnen und Schauspielern erarbeitet.

Mit dabei auch Madlen Kaniuth, bekannt u.a. aus der RTL-Serie „Alles was zählt“. Auf das Thema aufmerksam zu machen und Missverständnisse aus der Welt zu schaffen – das war für sie Motivation genug, um beim Projekt mitzumachen. Sie erzählt: „Ich spiele eine Frau, die das Transcoming-out des Menschen, den sie als Mann geheiratet hat, als persönliche Verletzung empfindet und es nicht schafft, Verständnis dafür aufzubringen.“ Am Ende des Videos sehen wir, wie einer der aggressiv auftretenden Basketballer sich dann doch Zeit nimmt, nachfragt und so die unsichtbare Protagonistin kennenlernt. Letztlich stellt er sich dann schützend vor sie, als seine Freunde sie angreifen wollen.

Dass persönliche Bekanntschaft oftmals Vorurteile abbaut, ist bekannt; dass jemand aus der Peer Group bei Diskriminierung aussteigt und „Stopp“ sagt, allerdings weniger. Es ist vielmehr eine Hoffnung, mit der das Video ein versöhnlicheres Ende nimmt. Wie heißt es zum Ende von „She is there“ so schön: „Das ist doch das Gute an der Welt, dass alle anders sind. Ob straight, queer oder trans* – wir sind immer zuerst Mensch.“

Markus Ulrich

Das Video
www.youtube.com/watch?v=cUKQ_mrXncU

Ein ausgezeichnete Ort

Regenbogenfamilienzentrum in Berlin



Grußworte und Glückwünsche aus Bundestag und Abgeordnetenhaus, Besuch von Politikerinnen und Politikern aller Parteien, Interessierte von Familienverbänden, zahlreiche Kooperationspartner, eine Vielzahl an neugierigen Gästen, eine Auszeichnung im Rahmen des von Bundespräsident Joachim Gauck und der Deutschen Bank ausgerufenen Wettbewerbs „Land der Ideen“ – die Resonanz auf das Berliner Regenbogenfamilienzentrum spricht Bände: Regenbogenfamilien sind nicht nur in Berlin, sondern auch deutschlandweit in Politik und Gesellschaft angekom-

men. Das Zentrum unter meiner Leitung ist ein Meilenstein in der Familienarbeit des LSVD Berlin-Brandenburg.

Bereits 2002 gründete sich die Berliner Initiative lesbischer und schwuler Eltern (ILSE). Seitdem wurden angesichts der zunehmenden Nachfrage die Beratungs- und Vernetzungsangebote für Regenbogenfamilien bzw. Lesben und Schwule mit Kinderwunsch kontinuierlich ausgebaut. 2006 konnte das Land Berlin für die Unterstützung gewonnen und die Arbeit zunehmend gefestigt und vertieft werden.

Die offenen Treffen, die ich eingerichtet habe, die von mir gegründete Krabbelgruppe sowie die ILSE-Gruppe, die ich betreue, zeigten dabei immer deutlicher: Im Gegensatz zu den kleinen Räumen der Berliner LSVD-Geschäftsstelle war der Bedarf riesig. Deshalb entwickelte ich das Konzept für ein Familienzentrum. Das speziell auf die Bedarfe von Regenbogenfamilien ausgerichtete Projekt ist deutschlandweit ein Novum. Mit der Zusage der Deutschen Klassenlotterie Berlin im Sommer 2012 für die Finanzierung der Räumlichkeiten konnte die Realisierung beginnen. Nach monatelangem Suchen fand sich eine Ladenwohnung im Berliner Bezirk Schöneberg, die dem finanziellen Rahmen und den räumlichen Ansprüchen genügte. Mit großem, auch körperlichem Einsatz und dank unglaublicher Spendenbereitschaft von Seiten der Berliner Regenbogenfamilien konnten die Räume in ein familienfreundliches Zentrum umgewandelt werden. Die Eröffnung im März 2013 war ein voller Erfolg. Neben Kooperationspartnern und vielen Regenbogenfamilien kamen alle wichtigen politischen Kräfte von Bundes-, Landes- und Bezirksebene, um ein klares Zeichen für die Akzeptanz und Gleichstellung von Regenbogenfamilien zu setzen.

Seitdem ist die öffentliche Aufmerksamkeit für die Arbeit mit und für Regenbogenfamilien ungebrochen. Bislang arbeite ich dort als einzige Hauptamtliche. Dank der Mithilfe engagierter Ehrenamtlicher gibt es Monat für Monat ein breites und vielfältiges Programm. Neben den seit vielen Jahren etablierten Treffen wie Krabbelgruppen und ILSE-Netzwerk sind nun auch neue Angebote für schwule Väter, für Schwangere und für Regenbogenfamilien mit Pflegekindern möglich. Das Regenbogenfamilienzentrum bietet Geburtsvorbereitungskurse, themenbezogene Gesprächsabende und Nachmittage für Interessierte. Zudem werden Vorträge und Kooperationsprojekte individuell geplant, die sich an den Bedürfnissen der Regenbogenfamilien orientieren.

Auch im Kiez wurden die Regenbogenfamilien sehr herzlich empfangen. Nachbarinnen und Anwohner schauen neugierig vorbei oder bringen Obst aus dem Garten vorbei. Und die anderen sozialen Projekte, wie der Nachbarschaftsgarten und das Interkulturelle Zentrum in der Straße, werden mit dem Regenbogenfamilienzentrum gemeinsame Projekte organisieren.

Die alltäglich gelebte Akzeptanz zeigt deutlich: Das Zentrum ist ein Leuchtturmprojekt.

*Constanze Körner, LSVD Berlin-Brandenburg
berlin.lsvd.de/projekte/regenbogenfamilien*



*Einweihung des LSVD-Regenbogenfamilienzentrums
Cherusker Str. 22, 10829 Berlin*

Aktionspläne

Respekt in Bund und Land

Berlin, Sommer 2008: Das Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen wird beschädigt, eine Reihe von gewalttätigen Angriffen auf Lesben, Schwule und Transgender erschüttert die Hauptstadt. Bei einer Kundgebung am 18. August fordert LSVD-Bundesvorstand Günter Dworek einen Nationalen Aktionsplan gegen Homophobie, um alltäglicher Ausgrenzung entschlossen entgegenzutreten. Unter den Anwesenden sind mit Thomas Birk und Anja Kofbinger von Bündnis 90/ Die Grünen zwei Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses. Sie nehmen das Anliegen für das Land Berlin auf und stellen einen entsprechenden Antrag im Berliner Parlament, der in den Ausschüssen landet. Klaus Lederer, Mitglied der Regierungskoalition von SPD und Die Linke, entwickelt den Antrag weiter, so dass dieser im August 2009 einstimmig verabschiedet wurde. Seitdem ist der LSVD auf Landes- und Bundesebene bei der Initiierung und Umsetzung von Aktionsplänen beteiligt.

Renate Rampf und Markus Ulrich

Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt“

Status: verabschiedet (2010, parteiübergreifend)

LSVD Berlin-Brandenburg: Initiative und Miterstellung

Maßnahmen im Bereich Fußball, Bildung und Antidiskriminierung
Koordination des Bündnisses gegen Homophobie

Inhalt: 60 Einzelmaßnahmen in den sechs Handlungsfeldern Bildung, Anti-Gewalt, Wandel in der Verwaltung, Wissenschaft und Forschung, Dialog mit Vertretungen aus Sport, Religion, Musik und Migration sowie Öffentlichkeitsarbeit und Bundespolitik

zuständig: Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen



Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen – Akzeptanz für queere Lebensweisen“

Status: verabschiedet (2013, SPD und Bündnis 90/ Die Grünen)

LSVD Rheinland-Pfalz: Forderung in den Wahlprüfsteinen und Öffentlichkeitsarbeit

als Mitglied im Queernet Rheinland-Pfalz an der Erstellung beteiligt

Inhalt: 150 Einzelmaßnahmen in den acht Handlungsfeldern Arbeitswelt, Rechtspolitik und Polizei, Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung, Gesundheit, Alter und Pflege, Antidiskriminierungsarbeit und Partizipation, Gesellschaft und Gedenkkultur, Sport sowie Familie, Kinder und Jugend. Dieser Maßnahmenkatalog bildet zusammen mit einer Zielvereinbarung, Projektförderung sowie Informations- und Öffentlichkeitsarbeit den Landesaktionsplan.

zuständig: Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen



NRW-Aktionsplan für Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt – gegen Homo- und Transphobie

Status: verabschiedet (2012, SPD und Bündnis 90/ Die Grünen)

LSVD NRW: Forderung in den Wahlprüfsteinen und Öffentlichkeitsarbeit in allen elf Arbeitsgruppen für die Erstellung vertreten

Maßnahmen im Bereich Trans* (LSVD-Studie zur Lebenssituation von Transsexuellen und Vernetzung über www.trans-nrw.de)

Inhalt: ca. 130 Maßnahmen in den zwölf Handlungsfeldern Kinder/Jugend/Familie, Schule und Bildung, Alter/Pflege/Gesundheit, Anti-Gewalt, Wirtschaft/Tourismus/Arbeitswelt/Land als Arbeitgeber, Kultur, Sport, Migration, Behinderung, Transgender/Transsexualität, Intersexualität und Forschung/Öffentlichkeitsarbeit

zuständig: Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter



Aktionsplan „Für Akzeptanz & gleiche Rechte Baden-Württemberg“

Status: im Koalitionsvertrag von Bündnis 90/ Die Grünen und SPD (2011) vereinbart und in Vorbereitung

LSVD Baden-Württemberg: Forderung in den Wahlprüfsteinen und Öffentlichkeitsarbeit vertreten im Beirat und präsent bei den Regionalkonferenzen zur Erstellung

Inhalt: Gegenwärtige Erstellung in offenen Tagesworkshops in den vier Regierungsbezirken und von einem Beirat (u.a. aus Vertretungen der Ministerien, den vier Landtagsfraktionen und dem landesweiten LSBTTIQ-Netzwerks) begleitet

zuständig: Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren



Aktionsplan gegen Homophobie in Schleswig-Holstein

Status: im Koalitionsvertrag (2012) von SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und Südschleswigischem Wählerverband (SSW) vereinbart und in Vorbereitung



LSVD Schleswig-Holstein: Forderung in den Wahlprüfsteinen und Öffentlichkeitsarbeit

Organisation eines Konzepttreffens für die Community im September 2013

mitverantwortlich für die Handlungsfelder Einbindung der Community und politische Lobbyarbeit

Inhalt: Ein Bündnis gegen Homophobie, politische Lobbyarbeit, Einbindung der Community, Schule und Zielgruppenarbeit wurden auf dem Konzepttreffen als die fünf Schwerpunktthemen und Handlungsfelder bestimmt.

zuständig: Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung

Gesamtgesellschaftlicher Aktionsplan für die Akzeptanz von Lesben und Schwulen, Bisexuellen, Trans* und Inter* und gegen Homo- und Transphobie in Sachsen-Anhalt

Status: Entwurf vorhanden

Antrag von Bündnis 90/ Die Grünen und LINKE, da interfraktioneller Antrag an CDU scheiterte

SPD konnte in der Regierungskoalition durchsetzen, dass CDU nicht dagegen stimmte.

Antrag an die Ausschüsse überwiesen

erste Anhörung Anfang 2014

LSVD Sachsen-Anhalt: Forderung in den Wahlprüfsteinen und Öffentlichkeitsarbeit

einstimmige Annahme eines entsprechenden LSVD-Antrags durch Lesben- und Schwulenpolitischen Runden Tisch Sachsen-Anhalt (LSpRT)

als Mitglied des LSpRT beteiligt an der selbstständigen Erarbeitung des Aktionsplans

Mitorganisation einer Konferenz im Ministerium für Arbeit und Soziales im Frühjahr 2013 zur Vorstellung und Weiterentwicklung des Entwurfs

Inhalt: Vielzahl an Maßnahmen in den drei Bereichen Bildung und Aufklärung, öffentlichen Dialog stärken sowie Bekämpfung von Diskriminierung und Gewalt

zuständig: Ministerium für Justiz und Gleichstellung sowie mitberatend Ministerium für Arbeit und Soziales



Landesaktionsplan für Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in Mecklenburg-Vorpommern

Status: in Vorbereitung



LSVD Mecklenburg-Vorpommern Gaymeinsam e.V.: Forderung in Wahlprüfsteinen und Öffentlichkeitsarbeit

hauptamtliche LSVD-Koordination für die Erstellung

Inhalt: Zustimmung für vom LSVD festgelegte Handlungsfelder Bildung, homophobe Gewalt, Kinder/Jugend/Familie und Alter/Pflege/Gesundheit/Behinderung, Transgender und Wirtschaft/Tourismus/Arbeitswelt

zuständig: Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales

Aktionsplan für Akzeptanz und Vielfalt in Hessen

Status: im Koalitionsvertrag (2013) von CDU und Bündnis 90/ Die Grünen



LSVD Hessen: Forderung in den Wahlprüfsteinen und Öffentlichkeitsarbeit

Inhalt: soll zusammen mit den Selbstvertretungsorganisationen erarbeitet werden

zuständig: steht noch nicht fest

„Nationaler Aktionsplan der Bundesrepublik Deutschland zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und darauf bezogene Intoleranz“

Status: Ankündigung im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD (Dezember 2013): „Wir werden den ‘Nationalen Aktionsplan der Bundesrepublik Deutschland zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und darauf bezogene Intoleranz’ um das Thema Homo- und Transphobie erweitern.“



LSVD-Bundesverband: Forderung in Wahlprüfsteinen und Öffentlichkeitsarbeit

zuständig: Bundesministerium des Inneren

Neue hessische Landesregierung

Schwarz-grün für Gleichstellung

Eine Regierung aus CDU und Bündnis 90/Die Grünen – was bedeutet diese Deutschlandpremiere in einem Flächenland für gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt? Die neue hessische Landesregierung plant Einiges.

Neben dem Beitritt zur „Koalition gegen Diskriminierung“ und einer neuen Antidiskriminierungsstelle ist die Erarbeitung eines Aktionsplans das zentrale Vorhaben. Dem LSVD wurde versichert, dass dabei auch der fachlich-politische Diskurs mit uns gesucht wird. Für uns steht fest: Neben den explizit genannten Schwerpunkten Schulbildung und Coming-out-Beratung müssen dazu auch Maßnahmen in den Bereichen Pflege und Alter, Sport, Migration, Polizei sowie Familienhilfe gehören.

Die neue Landesregierung setzt auf mehr Familienfreundlichkeit. Wir werden daran mitwirken, dass in den Handlungsempfehlungen der angekündigten Kommission „Hessen hat Familiensinn“ auch die Bedürfnisse von Regenbogenfamilien Eingang finden. Ähnliches gilt für das geplante Fondsmodell zur Unterstützung von Paaren bei der Verwirklichung ihres Kinderwunsches durch künstliche Befruchtung. Der LSVD fordert, dass

dieser Fonds auch lesbischen Paaren offen steht. Die angekündigte wissenschaftliche Aufarbeitung der Verfolgung von Homosexuellen in Hessen ist notwendig, wurde allerdings schon im Frühjahr 2013 im Landtag beschlossen. Wir werden darauf drängen, dass die Ergebnisse in die Arbeit der hessischen Gedenk- und Bildungsstätten einfließen.

Wir vermissen zudem die Ergänzung des Artikels 1 der hessischen Landesverfassung um das Merkmal der sexuellen Identität. Unklar bleibt auch das Verhalten von Hessen im Bundesrat. Wir erwarten ein deutliches Eintreten für die Öffnung der Ehe und das gemeinsame Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare. Die CDU Hessen muss sich innerhalb der Union klar positionieren. Denn ein Leben ohne Benachteiligung aufgrund der sexuellen und geschlechtlichen Identität wird in Hessen nicht möglich sein ohne die volle Gleichstellung im Bund.

*Knut Nagel, LSVD Hessen
hessen.lsvd.de*

Mein guter Vorsatz für 2014

Ja, ich trete in den LSVD ein

Programm und Satzung des LSVD erkenne ich an.

Ich zahle einen monatlichen Beitrag* von

10€ 15€ 30€ €

*Monatlicher Regelbeitrag 10€, für Nichtverdienende 2,50€

Einzugsermächtigung

Mein Mitgliedsbeitrag soll viertel-/halb-/jährlich von meinem Girokonto abgebucht werden. Diese Einzugsermächtigung kann jederzeit widerrufen werden.

Kreditinstitut (Name & BIC):

IBAN: DE | | | |

Kontoinhaber/in:

Name:

Anschrift:

Tel.: Geb.-Datum (optional):

Ort, Datum, Unterschrift:

Lesben- und
Schwulenverband
Postfach 10 34 14
50474 Köln

Rechtspopulistische Internationale

Leipzig protestiert gegen absurde Thesen

Unsere Gegnerinnen und Gegner schlafen nicht. Sie sind aktiv, suchen den internationalen Austausch, bestärken sich über Grenzen hinweg. Sie machen Front gegen unsere erkämpften Erfolge und wollen das Rad der Zeit zurückdrehen. Auch in Deutschland. Wir müssen wachsam bleiben. Gut zu wissen, dass minderheitenfeindliche und undemokratische Positionen nicht mehr einfach vertreten werden können, ohne Gegenwind zu provozieren und auf Widerspruch zu treffen. So wie jüngst in Schkeuditz bei Leipzig.

Dort fand am 23. November 2013 unter dem Motto „Für die Zukunft der Familie“ ein homophober Kongress des rechtspopulistischen Compact-Magazins statt. Eingeladen waren dazu unter anderem die russische Duma-Abgeordnete Elina Misulina, Urheberin des berüchtigten Antihomosexualitätsgesetzes, sowie Béatrice Bourges, Anheizerin teilweise gewaltsamer Proteste gegen die Öffnung der Ehe für Lesben und Schwule in Frankreich. Es war klar, welchen undemokratischen Parolen dort ein Forum geboten werden sollte. Daher schloss sich der LSVD Sachsen dem Protestbündnis NoCompact an und beteiligte sich an den zahlreichen Gegenaktionen zu der Kundgebung.

Mit zwei Workshops an der Universität Leipzig am Vorabend der Konferenz gab ich vor knapp 500 Teilnehmenden Einblicke in die verworrenen Thesen von Umpolungstheorien. Es ist die absurde und doch gefährliche Annahme, dass sich Homosexualität verhindern oder verändern ließe, die unsere Gegnerinnen und Gegner eint. Für sie ist schwullesbisches Leben schlicht keine gleichwertige Lebensweise.

Am eigentlichen Konferenztag versammelten sich dann rund 200 Protestierende vor dem Kongressort in Schkeuditz und trommelten im wahrsten Sinne des Wortes für gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt und gegen verbohrene Ideologien. Elina Misulina musste sich samt ihrer Duma-Kolleginnen ihren Weg mit Hilfe der

Polizei durch die Sitzblockade bahnen. Auf dem Podium hetzte sie dann gegen Lesben und Schwule und rechtfertigte die russische Politik mit dem Schutz von Familie und Volk. Gleichzeitig betonte sie, dass in Russland niemand diskriminiert würde. Dieser Widerspruch wurde vom anwesenden Publikum weitestgehend ignoriert. Wer Kritik äußerte, wurde laut anwesenden Journalistinnen und Journalisten aus dem Raum komplimentiert. Kein Wort davon, dass sie gerade einen Gesetzesentwurf auf den Weg bringt, der Kinder aus Regenbogenfamilien entfernen will. Kein Wort von den Foltervideos, auf denen nationalistische Gruppen Lesben und Schwule in Fallen locken und dann vor laufender Kamera quälen und demütigen. Am Nachmittag sprach mit Béatrice Bourges dann die zweite internationale Galionsfigur des homophoben Backlashs, relativierte die gewaltsamen Ausschreitungen gegen Lesben und Schwule im Zuge des Protests gegen die Eheöffnung und versprach, dass ihre Bewegung noch nicht am Ende sei. Ihre Tirade endete mit dem Wunsch nach einem „Deutschen Frühling“ und es ist wohl klar, dass dieser Frühling für Lesben und Schwule eher ein Winter ist.

Währenddessen fand auf dem Leipziger Augustusplatz die Abschlusskundgebung von NoCompact mit Redebeiträgen etwa vom LSVD Sachsen statt.

Durch die gute Zusammenarbeit und die zahlreichen Protestteilnehmenden konnte der Kongress gemeinsam als das entlarvt werden, was er war: Eine Ansammlung von Verschwörungstheoretikern, Rechtspopulistinnen und demokratiefeindlichen Homosexuellen-Gegnern.

Hartmut Rus,
LSVD Sachsen
sachsen.lsvd.de



Note 1 für Aufklärung

Vom neuen Schulaufklärungsprojekt des LSVD Saar

Woran erkennt man eigentlich Schwule? Können lesbische Paare ein Kind aufziehen? Wie wird man homosexuell? Als wir diese Fragen beantworten, ist es in der Klasse sehr still. Vier Stunden lang diskutieren wir mit den Jugendlichen über homosexuelle Liebe und Sexualität. Bis unser lesbisch-schwules Aufklärungsteam jedoch das erste Mal an eine saarländische Schule kommen konnte, musste der LSVD Saar viel politische Überzeugungsarbeit leisten.

2010 vernetzten wir uns mit anderen sozialen Verbänden wie der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW), der pro familia Saar und der AIDS Hilfe. Das Ziel: Eine Überarbeitung der Richtlinien für Sexualerziehung. Erst im Juli letzten Jahres wurde dies Wirklichkeit: Der saarländische Landtag verabschiedete die neuen Richtlinien. Homosexualität sollte nun viel stärker Thema im Unterricht sein. Bildungsminister Ulrich Commerçon übergab dem LSVD Saar die Richtlinien sogar persönlich und bat um Unterstützung bei der Umsetzung.

Deshalb bauten wir im letzten Jahr ein Team von Jugendlichen und jungen Erwachsenen auf, die nun auf Wunsch in den Unterricht kommen. In den Workshops werden die Schülerinnen und Schüler zu kritischen Fragen ermutigt und angeregt, ihre eigene Einstellung zu reflektieren. Alle Fragen zu Coming-out, lesbischen und schwulen Rollenmodellen oder dem Familienbild werden beantwortet. Das junge Team erzählt immer wieder auch aus dem



eigenen Leben. Die Workshops sind dabei nie als Ersatz zum tatsächlichen Unterricht zu verstehen, sondern als informative Ergänzung.

Die Jugendlichen sind bislang begeistert und gaben uns fast ausschließlich die Note 1 (oder 1+), viele freuten sich über die Offenheit, die ihnen entgegengebracht wurde. Einige hatten nie zuvor Kontakt zu Lesben und Schwulen. Nach den ersten Workshops bekamen wir nun schon weitere Anfragen von saarländischen Schulen und werden demnächst neue Teamerschulungen durchführen. Die werden wir dringend brauchen. Denn nach einem Treffen mit der anfangs skeptischen Gesamtlandesschülervertretung Saar bekommen wir nun die Gelegenheit, unser Projekt beim nächsten Landesschülerkongress 2014 vorzustellen.

Robert Hecklau, LSVD Saar, lsvdschule.de

Weil sich der LSVD auszahlt

Spendenaufruf für Rechtsberatung



Einkommenssteuerrechtliche Gleichstellung – wie lange haben wir dafür gekämpft! Mit meinem Mann habe ich zwölf Jahre lang vor drei Instanzen geklagt. Wie auch für viele andere immer an unserer Seite: Manfred Bruns. Ob Mitglied oder nicht, seit der Einführung der Lebenspartnerschaft hat er zahllose Lebenspartnerinnen und -partner kostenlos beraten, ihnen Entwürfe für Anträge und Schriftsätze geschrieben und sie zu den Verhandlungen begleitet. Das ist für ihn selbstverständlich. Wir vom LSVD sehen es als unsere Aufgabe an, Menschen zu unterstützen, wenn sie sich gegen Benachteiligungen wehren und ihre Rechte einklagen. 68.000 Lesben und Schwule leben in eingetragenen Lebenspartnerschaften. Unsere Hartnäckigkeit hat sich für sehr viele im wahrsten Sinne des Wortes ausgezahlt – sei es beim rückwirkenden Familienzuschlag oder der gemeinsamen steuerlichen Veranlagung.

Die Gleichstellung ist weitgehend erreicht und damit wächst die Beratungsarbeit stetig. Binationale Partnerschaften, Adoption, Mehrfamilieneltern, die Fragen nehmen kein Ende. Nach wie vor berät Manfred Bruns alle sofort und kompetent. Aus Altersgründen wird er seine ehrenamtliche Beratungsarbeit langsam übergeben müssen. Eine juristische Nachfolge können wir jedoch nicht finanzieren. Öffentliche Förderung bekommt der LSVD-Bundesverband dafür nicht, die Arbeit wird ausschließlich aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden getragen.

Hasso Müller-Kittkau

LSVD
Stichwort: „Recht“
IBAN: DE3037020500007086800

Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerabzugsfähig. Bei Angabe Ihrer Anschrift erhalten Sie eine Spendenbescheinigung.

Gemeinsam gegen Ausgrenzung

Gastbeitrag der Initiative "Respekt! Kein Platz für Rassismus"

Respekt! Kein Platz für Rassismus ist eine gemeinnützige Initiative für ein gesellschaftliches Miteinander und gegen jegliche Art von Diskriminierung. Wir wollen vielschichtig über Toleranz informieren und zum Nachdenken und Diskutieren anregen. Denn eins ist sicher: Denken hilft! Auslöser für Lothar Rudolf und seinen Sohn Kris-Patrick, die beiden Initiatoren, waren die immer wiederkehrenden rassistischen Zwischenfälle in deutschen Fußballstadien. Um sichtbar dagegen zu protestieren, kamen sie auf die Idee zu dem Schild mit der Aufschrift „Kein Platz für Rassismus!“, später wurde noch das Wort „Respekt!“ hinzugefügt.

Dieses Schild ist mittlerweile an immer mehr Sportanlagen, Schulen, Betrieben oder öffentlichen Plätzen zu finden. Zahlreiche Prominente aus Medien, Sport und Unterhaltung lassen sich damit fotografieren oder filmen und berichten über eigene Erfahrungen im Umgang mit Respekt, erzählen von erfreulichen und weniger erfreulichen, von respektvollen und respektlosen Erlebnissen. Und so wurde aus diesem Verbotsschild eine Botschaft, denn Respekt ist Grundlage für ein friedliches Zusammenleben. Davon erzählen wir in unserer kostenlosen Zeitschrift, unserem Bildband „Respekt! 100 Menschen – 100 Geschichten“ und in den Videoreportagen, auf unserer Webseite und

unserem Youtube-Kanal. Zudem informieren wir mit Veranstaltungen, Lesungen, Podiumsdiskussionen, Filmen, Büchern, Flyern und Give-aways wie unserem „Antiidiotikum©“ gegen Denkblockaden und Engstirnigkeit.

Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sind nicht nur in Fußballstadien und am politischen Rand, sondern auch in der Mitte der Gesellschaft zu finden. Das zeigen die vielen Fälle von Benachteiligung gegenüber Migrantinnen und Migranten und schlimmer noch, Ausschreitungen gegen Asylbewerber und Flüchtlinge und die NSU-Mordserie.

Unsere Partnerschaften mit Verbänden und Institutionen öffneten die Initiative für Lebens- und Arbeitsbereiche über den Fußball und den Sport hinaus. Deshalb haben wir unseren Fokus auch auf die anderen Formen der Diskriminierung, sei es aufgrund der ethnischen oder sozialen Herkunft, der Religion, des Geschlechts, körperlicher Merkmale oder der sexuellen Orientierung ausgeweitet. So arbeiteten wir etwa mit der Aktion Courage und ihrem Projekt „Schule ohne Rassismus“, der Frankfurter Buchmesse oder der IG-Metall zusammen. Daher freuen wir uns nun auch über die Medienkooperation mit dem LSVD. Gemeinsam für mehr Respekt - wir sind dabei!



Der „Respekt!“-Botschafter und Comedian Bülent Ceylan empfiehlt das Antiidiotikum® akut IQ130. Es beseitigt sofort Denkblockaden und befreit von Engstirnigkeit. Das erfundene Medikament geht sofort ins Blut über!

*„Gerade im Sport habe ich erlebt, wie wichtig es ist, jeden in seiner Einzigartigkeit zu respektieren und gemeinsam an einem Strang zu ziehen. Es ist die **Vielfältigkeit**, die ein Team erfolgreich macht.“*



Respekt für den Frauenfußball

Die mehrfache Fußballwelt- und Europameisterin Sandra Minnert ist seit 2011 „Respekt!“-Schirmfrau. „Der Frauenfußball musste lange Zeit um Anerkennung in dieser männerdominierten Sportart kämpfen“, sagt Minnert. Mittlerweile ist die deutsche Nationalmannschaft eines der erfolgreichsten Teams. Was das Rollenbild betrifft, gibt sie zu bedenken, dass zu ihrer aktiven Zeit die Sportlerinnen oft von vornherein in diffamierender Absicht als Lesben abgestempelt wurden. „Tatsächlich gibt es inzwischen einige offen lesbische und bisexuelle Spielerinnen wie Nadine Angerer oder mich. Ein Grund könnte sein, dass die Frauen von Beginn an entspannter mit ihrer sexuellen Identität umgegangen sind. Da sehe ich im Männerfußball größere Hürden und Tabus.“

Hendrikje Borschke, respekt.tv

LSVD 2.0

Moderne Organisationsentwicklung mit A.T. Kearney

Seit der Gründung des LSVD ist unser Verband stetig gewachsen. Das ist erfreulich und soll auch in Zukunft so weiter gehen. Die Anforderungen an die Strukturen des Verbandes auf Grund des Wachstums sind enorm. Deshalb war eine Überprüfung und Neu-Organisation dringend notwendig. Dazu bedarf es externer professioneller Hilfe. Ein Glücksfall für unseren Verband: Eine der renommiertesten Unternehmensberatungen, A.T. Kearney, begleitet uns dabei.



pro bono Projekt von A.T. Kearney mit der deutschen Community.

In mehreren Vorgesprächen wurden Marc Page und Konrad Steiner die momentanen Strukturen und Arbeitsabläufe geschildert. Danach fanden Ortstermine in der Geschäftsstelle in Köln und dem Hauptstadtbüro in Berlin statt, wo unsere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen gezielt befragt wurden, gleiches erfolgte telefonisch für die ehrenamtlich tätigen Bundesvorstände. Das Ergebnis der daraus getroffenen Analyse und die Lösungsvorschläge zur Verbesserung wurden dann auf der jährlichen Klausur des Bundesvorstandes vorgestellt.

Heute umfasst der LSVD etwas über 4000 Einzelmitglieder und 113 Mitgliedsorganisationen. Vor 23 Jahren als Bürgerrechtsbewegung für die Rechte von Lesben und Schwulen ins Leben gerufen, hat der LSVD vielfältige Themen rund um die gesetzliche und gesellschaftliche Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender und Intersexuellen (LSBTI) übernommen. 2007 haben wir unsere internationale Zusammenarbeit mit der Gründung der Hirschfeld-Eddy-Stiftung institutionalisiert. Auch unsere Menschenrechtsstiftung ist in den letzten sieben Jahren enorm gewachsen. Die Vielfalt der Aufgaben wurde und wird seit der Gründung von ehrenamtlich tätigen Bundes- und Landesvorständen und neun hauptamtlich Mitarbeitenden geleistet. Für einen Bürgerrechtsverband gilt aufgrund seiner begrenzten Ressourcen noch mehr, was auch in Wirtschaftsbetrieben gilt: Wachstum muss man organisieren und verkraften. Auch dieser Prozess erfordert Arbeitszeit, die bei der Vielfalt der Aufgaben im täglichen Betrieb oft fehlt. So wurden weder die Organisationsstruktur angepasst, noch wurden eingefahrene Arbeitsabläufe und Kommunikationsmuster auf ihre Effektivität

überprüft. Dies führte in letzter Zeit zu immer deutlicher bemerkbaren strukturellen Defiziten in der Arbeit und teilweise zur Überlastung der Vorstände und Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Für eine fundierte Selbstanalyse und Lösungsansätze aus dieser Misere fehlte die Zeit und zusätzliche Kraft.

Insofern erschien uns das Angebot, dass A.T. Kearney - in Person von Marc Page und Konrad Steiner - ihr professionelles Beratungswissen zur Verfügung stellen, von Anfang an als eine Chance für unseren Verband. A.T. Kearney ist eine 1926 in den USA gegründete Unternehmensberatung, die inzwischen mit 3200 Angestellten und 58 Niederlassungen in 40 Ländern zu den renommiertesten der Branche gehört. Vielfalt und Inklusion sind seit jeher Grundwerte, die der Firmengründer Andrew Thomas Kearney zu den Grundprinzipien seines Unternehmens machte. Mit einem Netzwerk für lesbische, schwule, bisexuelle und transsexuelle Mitarbeiter und Fördermitglieder, genannt GALA, werden diese Prinzipien unternehmensintern umgesetzt. Darüber hinaus unterstützt GALA mit seiner Beratungs-Expertise kostenlos Community-Organisationen. Die Zusammenarbeit von A.T. Kearney mit dem LSVD ist das erste

Sowohl die Analyse wie auch die Lösungsvorschläge zeugen von der hohen Professionalität von A.T. Kearney und fanden einhellige Zustimmung im Vorstand wie bei den Angestellten unseres Verbandes.

Als nächster Schritt werden nun die vorgeschlagenen Maßnahmen umgesetzt. Dies wird einige Zeit in Anspruch nehmen, weil Umbauarbeiten während des „laufenden Betriebes“ immer etwas schwieriger sind. Wir sind uns sicher, dass wir mit der Umsetzung die Belastung für haupt- wie ehrenamtliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen reduzieren und die Effektivität des Verbandes erhöhen können. Dass uns A.T. Kearney bei diesem Prozess weiter begleitet, ist dabei von enormer Bedeutung. Somit wird der LSVD auch in Zukunft seine Aufgaben gut erfüllen und zugleich weiter wachsen können.

Axel Hochrein

Der CSD SaarLorLux 2014 Termine im neuen Jahr

In diesem Jahr früher als gewohnt

Der Termin für den grenzüberschreitenden CSD in Saarbrücken steht! Er steigt dieses Jahr vom:

27. - 29. Juni 2014

Für viele überraschend: Der CSD findet dieses Jahr einen Monat früher statt als in den letzten Jahren. Grund dafür sind die in diesem Jahr deutlich verschobenen Sommerferien im Saarland.

Los geht es am Freitagabend mit den traditionellen CSD Warm-Up Partys. Den Ort dafür geben wir rechtzeitig bekannt. Am Wochenende wird dann das schwullesbische Zentrum Saarbrückens, die Mainzer Straße zur „Gay-Avenue“: Regenbogenbeflaggt präsentieren sich die Wirte der Saarbrücker Szene, Bands und Künstler werden auf der Bühne für große Momente sorgen. Am Sonntag steigt die bunte Parade durch die Saarbrücker Innenstadt, im letzten Jahr mit über 30.000 Besucher_innen. Aktuelle Informationen gibt es auf der Facebookseite des LSVD Saar und unter saar.lsvd.de.

Redaktion: Robert Hecklau, Irene Portugall - Facebook: LSVD Saar e.V.
LSVD Saar, Mainzer Straße 44, 66121 Saarbrücken - saar.lsvd.de
Telefon: 0681 / 39 88 33 - Mail: info@checkpoint-sb.de



langweilig
ist
anders

Wir beraten Sie fachmännisch!

ALBAN HOLL GMBH SCHMUCK AUGENOPTIK SEHBERATUNG

Pickardstr. 23 · Püttlingen · Tel. (06898) 67264

switch
it

21. März. Schulische LSBTI* - Aufklärungsprojekte

In der schulischen Aufklärungsarbeit sollten Lehrer_innen vor allem externe Expert_innen einladen, die authentisch über ihren Umgang mit Homosexualität berichten. Eine Vor- und Nachbereitung durch Lehrkräfte erhöht die Wirkung der Veranstaltung nachhaltig. Diesen Standpunkt wird Prof. Timmermanns in seinem Vortrag begründen. Uhrzeit und Ort werden rechtzeitig auf saar.lsvd.de bekannt gegeben.

Das neue Schulprojekt des LSVD Saar

Seit diesem Schuljahr gelten im Saarland auch auf Initiative des LSVD Saar hin die neuen „Richtlinien für Sexualerziehung“. Deshalb bietet der LSVD Saar ein neues Schulprojekt an. Einen ausführlichen Bericht dazu gibt es in diesem Heft auf Seite 24.

12. April. Mission Aufklärung

Der Projektleiter der „Mission Aufklärung“, Hartmut Rus, berichtet über Evangelikale, Homoheiler und die Gefahren einer neuen Stigmatisierung. 19:30 Uhr im LSVD-Checkpoint, Mainzer Straße 44 in Saarbrücken.

16. Mai. EU-Studie zu LSBTI-Erfahrungen

Wie leben Schwule, Lesben und Transgender in Europa? Klaus Jetz berichtet von einer aktuellen europaweiten Studie mit mehr als 100.000 Teilnehmer_innen, die vom LSVD unterstützt wurde. 19:30 Uhr im LSVD-Checkpoint.

16. Juli. Date mit dem Bischof

Moderiertes, öffentliches Gespräch mit Bischof Dr. Stephan Ackermann (Trier) über Homosexualität und katholische Kirche. Im Vorfeld der Veranstaltung werden wir Fragen aus dem Publikum sammeln. **Wegen der großen Nachfrage findet die Veranstaltung um 20:00 Uhr in der Saarbrücker Congresshalle, Saal Ost, statt.**

Finally
Party for Gays,
Lesbians &
Friends.

08. Februar
08. März
12. April
10. Mai
14. Juni

Jeden zweiten
Samstag im
Monat in der
Garage in
Saarbrücken.

THINK PINK!

SPECIAL GUEST: DAVID MARQUEZ

Finally

PARTY FOR GAYS, LESBIANS & FRIENDS

SPECIAL DEKO, WELCOME DRINK & MANY SURPRISES

with: DI MARQUEZ, DI GARRY WOODAPPLE, FRIENDS / KISS: THE HOUSEBOYS / Party: BIKERBOG / GOOD LIVE Performances by FLEISCHCHRISTLEIN

GARAGE SAMSTAG 08.02.2014
SAARBRÜCKEN und jeden 2. Samstag im Monat 22.00 Uhr

WIRTSCHAFTS UNIVERSITÄT SAARLAND, NEMO, L&S LIVE, GENTLE, DREYERS, The Lounge, hecker, MVD, 50/50, 100% Satisfaction, FIFTY-8

spartacus®

INTERNATIONAL GAY GUIDE

photo: © Rick Day (RickDayNYC.com) / iStockphoto.com; Model: Davey Wavey (daveywavey.tv)

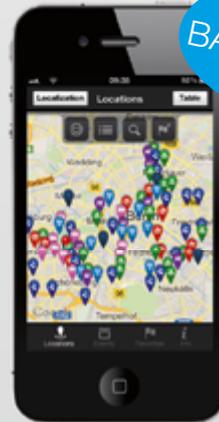
Join the experience

24.000 Einträge in 143 Ländern weltweit machen ihn zum berühmtesten Reiseführer für schwule Männer.

www.spartacusworld.com



Entdecke auch unsere anderen Reiseführer unter www.brunogmuender.com



VERSION 2.0
BALD VERFÜGBAR

*tanzen, essen,
trinken, schlafen,
shoppen, daten ...
Events, Karten*

und vieles mehr ...

Für mehr Information:
spartacusworld.com/iphone-app
Verfügbar im iTunes-Store.
iPhone is © Apple Inc.
All rights reserved

